

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die fünfgespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 109.

Dienstag, den 12. Mai 1914.

21. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Amlich bezugtes Wohnungselend.

Seit vielen Jahren schon leiden große Kreise der Arbeiter beständig unter einer immer noch wachsenden Wohnungsnot. Fast überall im Reiche herrscht Mangel an kleinen, an Arbeiterwohnungen. Dieser Mangel hat sich infolge Daniederliegens der Bautätigkeit vielerorts dermaßen verschärft, daß beim letzten Quartalswechsel zahlreiche Arbeiter, insbesondere solche mit Kinderreichtum, trotz wochenlanger Bemühungen kein Obdach aufzutreiben vermochten. Dieser Mangel an kleinen Wohnungen — eine große kann ein Arbeiter überhaupt nicht bezahlen — hat weiterhin bewirkt, daß die Wohnungsmieten ganz gewaltig emporgeschossen sind und vielfach eine Höhe erreicht haben, die mit vollem Recht die Bezeichnung Mietswucher verdienen. Dennoch gibt es Hausagrarien in Hülle und Fülle, die lieber heute als morgen die Mieten noch weiter in die Höhe treiben möchten.

Die geradezu himmelschreienden Zustände, die das Wohnungselend erzeugt hat und fortwährend erzeugt, haben endlich, endlich die Regierung veranlaßt, aus ihrer unverantwortlichen Untätigkeit herauszutreten. Nicht etwa, daß die Regierung nun gleich eine stattliche Anzahl von Millionen zum Bau von Arbeiterwohnungen zur Verfügung stellt oder die Gemeinden zwingt, bei der Ueberwindung des Wohnungselends behilflich zu sein — so schnell geht es mit dem Regierungswesen nicht voran. Immer hübsch langsam, lautet die Parole. Wohnungsfragen sind eben keine militärischen Fragen. Bisher hat die Regierung sich darauf beschränkt, für eine Anzahl der in ihrem Dienst tätigen Arbeiter und gering besoldeten Beamten Wohnungen zu erbauen. Jetzt hat sie auch darüber hinaus über die Arbeiterwohnungen Erhebungen anstellen lassen, und zwar durch die Gewerbeaufsichtsbeamten. Die von diesen erstatteten Berichte bilden eine schwere Last gegen den Gegenwartsstaat.

Geradezu grauenhaft ist das Bild, das der Wohnungs- und Gewerbebericht in Breslau von den dortigen Arbeiterwohnungen entwirft:

„Die Arbeiter haben meist Wohnungen von einer Stube mit kleiner Küche, oder bei größeren Familien von zwei Stuben mit dunklem Korridor, oder von einer Stube mit Küche und Küche. Mehrzimmernwohnungen kommen kaum vor. Die dunklen Vorräume und Kabinette, die häufig die Stelle der Küche vertreten, und in die nie ein Sonnenstrahl dringt, die auch nie gründlich gelüftet werden können, müssen den Kindern vielfach als Schlafraum dienen. Ein kleiner Keller ist meist vorhanden; dafür fehlt es aber an einer Bodentammer. Die Trockenböden sind für die Mieter gewöhnlich unzugänglich. Die Wasserleitungshähne und Ausgüsse befinden sich fast immer in den Aborten. Die Mieter sind also auf deren gemeinschaftliche Benutzung angewiesen. Die gleichzeitige Verwendung von Wohnungen zu gewerblichen Zwecken (Schneiderei, Schuhmacherei, Hausarbeit verschiedenster Art) findet schätungsweise bei mindestens der Hälfte aller Arbeiterwohnungen statt. — Die in den untersten und obersten Geschossen frei an Außenwänden belegenen kleinsten Wohnungen sind infolge ihrer Lage den Witterungs- einflüssen stark ausgesetzt und müssen, wenn auch nicht baupolizeilich angreifbar, doch gesundheitlich als besonders minderwertig bezeichnet werden. Ihre Bewohner können die Beträge für eine ordnungsmäßige Heizung um so weniger ausbringen, als für sie mit der Ungunst der Witterung oft Arbeitslosigkeit verbunden ist. . . . An Kleinwohnungen herrscht offenbar Mangel. Die Arbeiter haben infolgedessen nur eine sehr geringe Auswahl und müssen meist die Wohnung nehmen, die gerade leer steht, unbekümmert um ihren baulichen und hygienischen Zustand. Dazu werden durch hohe Mieten manche gezwungen, Schlafgänger zu halten oder Teile der Wohnung weiter zu vermieten. . . .

Insbesondere wird die hohe Säuglingssterblichkeit (26,9 Prozent der Geburten im Jahre 1913) von einem beamteten Arzt auf Grund eingehender örtlicher Untersuchung zu einem wesentlichen Teil auf die engen Wohnungen und die Wohnungsüberfüllung zurückgeführt. Darüber hinaus entspringen aus der Wohnungsüberfüllung noch weitere schwere Schäden und Uebelstände. Als solche werden von amtsärztlicher Seite namentlich Sittlichkeitsverbrechen und unethische Handlungen junger Leute in häufiger Wiederkehr hingestellt.“

Und solchen ungeheuerlichen, ja geradezu verbrecherischen Zuständen gegenüber haben Staat und Gemeinde mit kaum nennenswerten Ausnahmen in sträflichem Nichtstun verharret. Die Betätigung ihrer Vaterlands- und christlichen Nächstenliebe bestand zumeist darin, daß sie dem herrschenden Wohnungselend gegenüber den Kopf in den Sand steckten.

Nicht viel besser als in dem Tätigkeitsbericht des Breslauer Gewerbeaufsichtsbeamten liegen die Verhältnisse in den anderen Gegenden. Auch hier steigt Jahr um Jahr die Wohnungsnot und damit das Wohnungselend höher und höher. Auch hier sind durch das Daniederliegen der Bautätigkeit und den dadurch hervorgerufenen Mangel an kleinen Wohnungen die Wohnungsmieten im Vorjahre noch gestiegen. Der Gewerbebericht in Hannover hat nur zu sehr recht, wenn er berichtet, die Wohnungsmiete verzehre für die Mehrzahl der Arbeiter leider einen zu großen Teil des Einkommens, um ihnen die Wahl unter besseren Wohnungen zu ermöglichen. Dies ist eine schwere Anklage an die Adresse des Gegenwartsstaates, der nicht nur nichts tut, um dem herrschenden Wohnungselend zu steuern, sondern noch mit seinen Machtmitteln den Arbeitern in den Arm fällt, wenn sie sich in Hilfe ihrer Organisation die Möglichkeit verschaffen wollen, schlechte unzureichende Wohnungen gegen gute, neuzeitlichen Anforderungen genügend zu vertauschen.

Fortsührung der Sozialreform.

Im Anschluß an die Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform fand am Sonntag mittag im dem Riesenjaale des Berliner Etablissements „Neue Welt“ eine öffentliche Kundgebung über die Fortführung der Sozialreform statt. Etwa 5000 Personen, Männer und Frauen aller Gesellschaftsklassen hatten sich eingefunden. Der Vorsitzende der Versammlung, Staatsminister Hr. v. Berlepsch, teilte mit, daß im Auftrage des Reichsversicherungsamts der Direktor dieses Amtes, Geh. Reg.-Rat Dr. Sarrazin erschienen sei. Dann wies Hr. v. Berlepsch darauf hin, daß die Versammlung keine Zusammenkunft von Berufsgenossen, sondern eine allgemeine Versammlung der Gesellschaft für Sozialreform, um den vielen wirtschaftlich unglückseligen zu helfen. Die Gesellschaft wolle zwar auch einen lebenskräftigen Mittelstand und tatkräftigen Bauernstand, allein die wirtschaftlich unglückseligen Arbeiter und Angestellten bedürften am allerersten des Schutzes; deshalb habe die Gesellschaft diese Kundgebung veranlaßt, weil an Regierungskreise der Ruf laut geworden sei: Pause in der Sozialreform. Das dürfe durchaus nicht geschehen. Es sei selbstverständlich, daß die soziale Gesetzgebung Gegner gefunden habe; es seien dies nicht bloß die sogenannten Indifferenten, sondern in der Hauptsache die Arbeitgeber, die befürchten, es könnten die Lasten, die sie dafür zu tragen haben, zu hoch werden. Die Herren vergessen, daß die Sozialpolitik wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands beigetragen hat; daß also die Sozialpolitik ihnen ganz besonders zugute kommt. Der Redner schloß mit einem Hoch auf Kaiser und Vaterland.

Dann sprach Professor Dr. Ernst Franke, Vorsitzender der Gesellschaft für Soziale Reform. Er wies darauf hin, daß die Bevölkerung wie auch die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands einen ungeahnten Aufstieg erfahren habe. Es sei aber nicht abzusehen, was aus Deutschland geworden wäre ohne soziale Gesetzgebung. Die Sozialreform habe noch große Aufgaben. Gewiß sei für die Arbeitsversicherung ein äußerer Abschluß erreicht, aber der innere Ausbau und wichtige Einzelfragen, so die Herabsetzung der Altersrente in der Altersversicherung, Erhöhung der Witwen- und Waisenrente, Verbesserung des Mutterchutzes usw. erfordern noch viele Arbeit. Daneben sei die freie Versicherung zu fördern. Die Arbeitslosenfürsorge (Arbeitsnachweis) innere Kolonisation, Regelung der Wanderarbeit, Arbeitslosenversicherung und andere Fürsorgefragen ständen noch in den Anfängen. Neben der Versicherung gegen Krankheit und Invalidität ist notwendig die Bekämpfung der Volksseuchen, der Tuberkulose, der Säuglingssterblichkeit, Trunksucht, Geschlechtskrankheiten und vor allem der Wohnungsnot, dieses Wucherbodens für alle leiblichen und sittlichen Volksschäden. Alles was in dieser Hinsicht bisher getan, ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Nicht minder mahnt die Zeit eines Geburtenrückganges an den Fortschritt im Arbeiterschutz. Kinder und Jugendliche sind vor übermäßiger und gefährlicher Arbeit zu behüten. Auch die Erwachsenen dürfen nicht durch allzu lange Arbeitszeit geschädigt werden. Die Sonntagsarbeit ist einzuschränken und die Giftgearbeit in der Industrie zu bekämpfen. Der Verleumdung der Heimarbeit ist wirksam durch Lohnämter zu begegnen. Große Gruppen bedürfen besseren Schutzes, so die kaufmännischen Gehilfen, die technischen Angestellten, die Werkmeister, Steiger, Gastwirtsgehilfen; andere Gruppen, wie die Bureaugehilfen, Bühnenteute, Musiker usw. entbehren des Schutzes noch ganz. Auf die Dauer wird man auch die Dienstboten, ländliche Gefinde, die

Land- und Forstarbeiter nicht ohne Schutz lassen können. Die Staatsarbeiter fordern eine feste und klare Regelung ihres Dienstverhältnisses. Eine gesunde Mittelstandspolitik für Handwerk und Kleinhandel müsse planmäßig betrieben werden. Der Redner bezeichnete ferner als notwendig eine Reform des Arbeiterrechts. Es seien dies soziale Aufgaben, deren Durchführung wahrlich des Schweißes der Besten wert sei. Der sogenannte freie Arbeitsvertrag ist noch für Millionen ein Herrschaftsvertrag, in dem die Unternehmer die Bedingungen diktieren, die die ganze Persönlichkeit des Arbeiters binden. Hier habe der Tarifvertrag schon eine breite Brezche gelegt. Er macht die Gleichberechtigung beider Parteien zur Wahrheit, regelt in freier Selbsthilfe die Arbeitsbedingungen und dient dem gewerblichen Frieden. Seinem Fortgange stellt sich der Widerstand stärkster Unternehmergruppen entgegen, die kein Verhandeln wollen. Der Versuch der Arbeiterkammern ist mißlungen, um so mehr bedürfen wir der Stellung des Tarifvertrags auf einen klaren Rechtsboden und seiner Ergänzung durch Ausbau des Eingungswesens, das die Kämpfe einschränkt und die friedliche Einigung fördert. Voraussetzung hierfür aber sind starke Organisationen beider Parteien. Hier aber ist alles Licht nur auf Seiten der Unternehmer, aller Schatten bei den Arbeitern. Wir haben kein Berufsvereinsrecht. Im Koalitionsrecht sind die Arbeiter ungünstiger gestellt als die Unternehmer; das Vereinsrecht hemmt diese nur. Und diese Rechtsungleichheit wird durch Polizeigewalt und Rechtssprechung, sowie durch drakonische Handhabung der Gesetze verschärft. Unternehmer vollbringen kraftlos, was bei Arbeitern hart geahndet wird. Unter dem Ruf nach strengerer Arbeitswilligenprüfung entkühlt sich das nackte Streben nach einer Zertrümmerung der Gewerkschaften. Dieses Unrecht brennt allen Unternehmern ohne Unterschied der politischen Richtung in tiefster Seele, und schürt andererseits das fast schon im Erlöschen begriffene Feuer des Radikalismus. Will man denn auch die reichs- und kaiserliche Arbeiterkraft gewaltiam in den Widerstand gegen den Staat drängen? Die Sozialpolitiker sind die Schrittmacher der Sozialdemokratie. Wir Sozialreformer arbeiten nicht nur für Hebung der Massen, sondern auch für den inneren Frieden. Die Resolution bekämpft man nicht durch scharfe Gesetze und Verteilungen, sondern durch Sozialreform. Heute, am 10. Mai, dem Jahrestag des Frankfurter Friedens, wollen wir allen Mühen und Lauen, allen Bremsen und Rückwärtsheißt die Lösung; nun erst recht Sozialreform! (Stürmischer Beifall.)

Staatssekretär a. D. Graf Rosadowsky fordert den reichsgegliedert geregelten Arbeitsnachweis. Jährlich werden hunderttausende ausländischer Arbeiter eingeführt und gleichzeitig klagt man über Arbeitslosigkeit. Deshalb ist notwendig eine Erhebung über die Beschäftigung aufzustellen. — Der Leiter der christlichen Gewerkschaften Stegerwald-Köln führte ebenfalls in längeren Ausführungen aus, daß es in der Sozialpolitik keinen Stillstand geben dürfe. — Abg. Marquardt beauftragte ebenfalls die Sozialreform im Namen der von ihm vertretenen 63 Handlungsgesellschaftsvereine, die ihren Sitz in Leipzig haben. — Prof. Dr. Gustav Schmoller erklärte, er kämpfe für die Sozialpolitik bereits seit 50 Jahren. 1872 sei es gelungen, den Verein für Sozialreform zu gründen. Im Jahre 1875 habe Bismarck zu ihm gesagt; er würde auch Reichssozialist sein, nur habe er keine Zeit und keine Gehilfen dazu. (Heiterkeit.) Daß die Sozialpolitik mit Kämpfen zu tun habe, sei selbstverständlich, so führte Schmoller weiter aus. Jedes neue Ziel sei ohne Kampf nicht zu erreichen. Er sei überzeugt, die Unternehmer und alle anderen Gegner der Sozialreform werden sehr bald einsehen, daß die Sozialpolitik ein Fortschritt der Menschheit bedeute und daß ohne Sozialreform wir in der wirtschaftlichen Entwicklung nicht nur nicht vorwärts kommen, sondern rückwärts gehen müssen. (Stürmischer Beifall.) — Gustav Hartmann, Vorsitzender des Zentralrats der Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften, Abg. Landgerichtsdirektor Kanzow u. a. sprachen sich übereinstimmend für die Notwendigkeit der Fortführung der Sozialreform ebenfalls aus. — Abg. Essentium, Generalsekretär der freien christlichen Konferenz führte aus, daß die Sozialreform. Bestrebungen eines Johann Hinrich Wichern und eines Adolf Stöcker nicht sterben können. — Auch Verbandssekretär Tischenböcker betonte die Notwendigkeit der Fortführung der Sozialreform. — Oberbürgermeister Dominikus-Schöneberg bezeichnete die Wohnungsreform als Hauptaufgabe und befürwortete die Errichtung von Kinderspielflächen. — Ingenieur Otto Schweiher hob hervor, für die höheren Beamten, die Techniker und Ingenieure, müsse mehr geschehen. — Auch Prof. Dr. Hise-Münster trat für Fortführung der Sozialreform ein und Prof. Ungnad, Vertreter der evangelischen Arbeitervereine,

sprach sich in ähnlichem Sinne aus — Der letzte Redner war Staatssekretär a. D. Dernburg, der für die Wohnungsreform eintrat. Er betonte, wenn er noch im Amt sei, würde er seinen Einfluß aufbieten, um die Sozialreform nicht nur fortzuführen, sondern weiter auszubauen. Er hatte es auch für ausgeschlossen, daß in der sozialen Gesetzgebung ein Stillstand eintritt. Das könne gar nicht geschehen. — Prof. Dr. Zimmermann teilte hierauf mit, daß aus allen Teilen des Reiches Sympathieausdrückungen eingelaufen seien.

Staatssekretär Dr. v. Berlepsch führte in seiner Schlußrede aus, es sei erforderlich, in den Arbeitern und Angestellten das Bewußtsein zu wecken, daß sie in wirtschaftlicher Beziehung vollständig gleichberechtigte Staatsbürger sind. Die Sozialreform müsse fortgeführt werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Rüstungskorruption.

Die Beratung des Militäretats stieß am Montag zunächst stundenlang ziemlich ruhig dahin. Nur Einzelwünsche kamen bei den Reihen nach vorgenommenen Etatskapiteln zum Vortrag. So vertraten die Genossen Albrecht und Thöne die Wünsche der Schuhmacher und Schneider in der Militärbekleidungsindustrie, und Genosse Schulz gab Anregungen zur Ausgestaltung der Soldatenbibliotheken, um die Schundliteratur aus den Kasernen zu verdrängen und den Soldaten ihr schweres Leben in der Kaserne einigermaßen erträglich zu machen.

Aber nach diesen Vorspielen rollte Genosse Dr. Liebknecht in einer großartigen Rede erneut die ganze Frage der Rüstungskorruption auf. In vielen Punkten beschränkte er sich auf bloße Andeutungen und verwies für die ausführliche Darstellung auf eine größere literarische Darstellung, die er unter der Feder hat. Aber auch das, was er gestern vortrug, genügt, um den Militarismus, die Rüstungsindustrie und ihre Hintermänner unheilbar zu kompromittieren. Die ganze Rüstungsindustrie ist gegenwärtig international verflochten und vertriebt. Die drei großen deutschen Rüstungskonglomerate Krupp, Loewe und Köln-Rostweiler haben alle ihre Filialniederlassungen in allen möglichen Ländern der Erde. In den Verwaltungen dieser internationalen Rüstungskonglomerate sitzen tugendweise hohe Zivil- und Militärbeamte und sonstige Personen mit guten Konnexionen. Sie üben auf alle Staatsverwaltungen schon an sich einen großen Einfluß aus, scheuen sich aber nirgends, diese Macht durch die schmutzigsten Mittel zu verstärken. Die Ergebnisse des Krupp-Prozesses haben gezeigt, daß das ganze Direktorium dieser hochmögenden Firma zur äußersten Korruption entschlossen war, wie das Liebknecht an den einzelnen Phasen des Prozesses, der Beweisannahme und der Urteile nachwies. Als Liebknecht zuerst mit seinen Enthüllungen vor den Reichstag trat, bemächtigte sich auch der bürgerlichen Parteien eine urwüchsigte Empörung. Seitdem hat Krupp alle seine Machtmittel spielen lassen und erst die Presse, dann die Parteien dazu gebracht, eine Philosophie zu erfinden, welche die schlimmste kapitalistische Korruption mit dem Mantel des nationalen Interesses bedeckt.

In diesen Rückblick schloß Liebknecht neue Enthüllungen. So konnte er aus den Akten der Staatsanwaltschaft feststellen, daß die optische Firma Goertz, welche die Armeefernrohre und Visiere liefert, genau nach Krupp'schen Methoden gearbeitet und daß ein hochgestellter Militär einen schamlossten Handel mit Orden und Ehrenzeichen getrieben hat. Hierbei versuchte der Präsident Kämpf die neue geistreiche Einschränkung der Redefreiheit, daß man Verstorbene nicht angreifen dürfe, und bedachte Liebknecht mit zahllosen Ordnungsrufen. Er konnte unseren Genossen aber nicht hindern, seine wichtige Anklage zu Ende zu führen.

Zur Erwidderung sammelten der Kriegsminister und einer seiner Gehilfen, der Abg. Erzberger und Schulz-Bromberg wieder ein paar Redensarten, über die Notwendigkeit deutscher Waffenausfuhr und das Interesse der Arbeiter daran, die wir nicht im mindesten einzusehen vermögen. Spielend tat Liebknecht diese Gegnerschaft ab.

Der Militäretat ist auch gestern noch nicht zu Ende gekommen.

Die Bureaokraten-Politik.

Nachdem die Budgetkommission am Sonnabend ihre Arbeiten erledigt hatte, nahm der Wirkliche Geheime Legationsrat Dr. Krieger (Direktor im Auswärtigen Amt) das Wort, um seinen Chef, den Staatssekretär v. Jagow, herauszuhauen. Es handelte sich um die fast ungläubliche Geschichte, daß Einprüfungen, die durch fremde Geandachtigkeiten gegen die Heranziehung von Ausländern zur Wehrsteuer beim Auswärtigen Amt eingelaufen waren, bis zu 14 Tagen „lagerten“, allenfalls noch dem Reichsamt des — Innern zugehen, aber an die maßgebende Stelle, das Reichs-Schaßamt, selbst dann noch nicht gelangt waren, als schon die ganze Presse von den Einprüfungen und ihrer Herkunft zu berichten suchte. So kam Herr Schatzsekretär Kühn in die Lage, von diesen Dingen, die bereits allbekannt waren, „amtlich“ noch immer nicht unterrichtet zu sein! Dr. Krieger gab allerlei Daten, Erläuterungen, Erklärungen und Entschuldigungen zum besten, ohne daß es ihm gelingen konnte, die Tragikomödie in ein völlig geordnetes Bureaokraten-Schauspiel umzuwandeln.

Da nach Ansicht des Vorsitzenden Dr. Epahn eine Diskussion über die geheimnissvollen Mitteilungen nicht zulässig war, so kündete Genosse Ledebour fürs Plenum eine desto tiefer dringende Besprechung dieser ans Zeitalter der Positivität erinnernden Vorgänge an.

Eine befreiende Tat

nennt die „Deutsche Tageszeitung“ die Ablehnung der bayerischen Regierungsvorlage über die Arbeitslosenversicherung durch die Kammer der Reichsräte. Sie schreibt: „Wir sind jenseitig davon überzeugt, daß im vorliegenden Falle nicht die Mehrheit der Kammer der Abgeordneten, sondern die Kammer der Reichsräte im Sinne der großen Mehrheit der Staatsbürger gehandelt

hat und nicht nur in den Kreisen von Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe der Reichsratsbeschlus als eine befreiende Tat begrüßt worden ist, sondern daß auch Tausende von Arbeitern, und gerade die besten unter ihnen, sich damit einverstanden erklären werden. Das bayerische Volk kann sich gerade in der Gegenwart nur Glück dazu wünschen, daß es neben der durch tausend Partei- und Richturmüßigkeiten beeinflussten Abgeordnetenversammlung in der Kammer der Reichsräte noch einen Vertretungskörper besitzt, dessen Mitglieder in völliger Unabhängigkeit nach oben und unten, ohne Rücksicht auf das Parteigetriebe und Mandatsorgan, die naturgemäß in der Zweiten Kammer eine erhebliche Rolle spielen, seine Entscheidungen treffen kann, wie das im vorliegenden Falle zum Heile des Landes geschehen ist.“

So wird die Ueberzeugung der großen Masse des Volkes in das Gegenteil umgewandelt und sogar mit Hohn und Spott übergriffen.

Das preussische Abgeordnetenhaus

legte am Montag die Beratung des Kapitels Elementar-Unterrichtsweisen fort. Es überwiegt zunächst nach kurzer Debatte ein Antrag auf Bereitstellung von Mitteln zur Förderung von Horten für Schulkinder unter Zustimmung sämtlicher Parteien der Regierung zur Berücksichtigung, ebenso einen Antrag auf Erhöhung der Mittel zur Förderung des Handarbeitsunterrichts für schulpflichtige Mädchen.

Dann begann die alljährliche große Debatte über die staatliche Jugendpflege, die für diesmal im Etat nicht weniger als 3½ Millionen Mark — eine Million Mark mehr als im Vorjahre — gefordert werden. Die Debatte war insofern von hohem Interesse, als die Vertreter der verschiedenen Richtungen innerhalb der bürgerlichen Jugendbewegung einander sehr in die Haare gerieten. Von der einen Seite, besonders vom Zentrum, wurde den konfessionellen Jugendorganisationen das Wort geredet, während man von anderer Seite für die interkonfessionellen Organisationen Stimmung machte. Von den reaktionären Parteien flogen scharfe Worte gegen die freideutsche Jugendbewegung und ihren Bundesrat auf dem hohen Meisner. Auch die Hineintragung antisemitischer Bestrebungen in die Wanderbewegung wurde lebhaft erörtert. Nachdem Herr Wallbaum von den Konservativen, Herr Neumann vom Zentrum, ein Redner der Freikonserativen, Frhr. von Schenkendorf von den Nationalliberalen und Herr Kanow von den Fortschrittlichen gesprochen hatten, kam unser Genosse Hänisch zu Wort, um in zweistündiger Rede eine gründliche Abrechnung mit den bürgerlichen „Jugendpflägern“ und der ganzen bürgerlichen Jugendbewegung vorzunehmen. Mehrfach von dem Präpresidenten unterbrochen und zur Ordnung gerufen, wandte sich Genosse Hänisch am Schluß seiner Rede den brutalen Verfolgungen der proletarischen Jugendbewegung zu, die mit Wissen und unter Zustimmung des „Ministers für Jugendpflege“ gerade in letzter Zeit einen unerträglichen Umfang angenommen habe. Diese Rede unseres Genossen bildete den Schluß der Sitzung.

Die Verhaftung eines Häuptlings der Duala.

Der Reichsvertreter der Duala-Neger, der Berliner Rechtsanwalt Dr. Halpert, teilt der Presse mit, daß er seinem Vertreter in Duala am Sonntag nachfolgendes Telegramm geschickt habe: „Regierung veröffentlicht Kameruner Telegramm. Bruder Bells habe Joja und andere Häuptlinge Aufruhr gegen Deutschland Anschlag England ausgeht. Drahtet Wahrheit.“ Darauf ist die folgende Antwort eingelaufen: „Bell verhaftet. Begründung Hochverrat. Küstentatsch. Enteignungsakten beschlagnahmt.“

Zu dieser Antwort bemerkt Dr. Halpert: „Man sieht, es wird im letzten Augenblick noch mit allen Mitteln gearbeitet, um den Reichstag zur Bewilligung der Regierungsforderung zu bringen. Rudolf Bell, der erfahrenste und klügste Mann des Dualavolkes, der weitaus beste Kenner der ganzen Enteignungsangelegenheit, wird wegen „Hochverrats“ verhaftet, das heißt kaltgestellt und sein gesamtes Aktenmaterial in Sachen der Enteignung wird beschlagnahmt. Alle psychologische Erwägung spricht dagegen, daß Rudolf Bell, den ich aus eigener umfangreicher Korrespondenz und dem Studium der Akten als einen durchaus besonnenen Menschen kennen gelernt habe, in dem Augenblick zu einem unsinnigen politischen Ergeß übergegangen sein sollte, wo er sehr richtig die Entziehung des Reichstages über die Lebensfrage seines Volkes erwartet. Seine ganze Arbeit seit einem Jahr war auf die sachliche Vorbereitung dieser Reichstagsverhandlungen gerichtet, und da sollte er den Erfolg seiner ganzen Tätigkeit durch „Hochverrat“ gefährden?“

Hoffentlich wird der Säleier, der über dieser Aktion noch ruht, im Reichstag bald gelüftet. Wenn es richtig ist, was Dr. Halpert annimmt, daß die Regierung sich auf die Meldung schwarzer Spiegel gestützt haben könne, so muß dagegen schnell und entschlossen eingeschritten werden. Oder will die Regierung zu dem bisherigen Unrecht, das gegen die Duala verübt wurde, noch ein Menschenmorden sich anschließen lassen?

Die Duala-Affäre soll heute im Reichstag zur Verhandlung kommen.

Die Immunität der Landtagsabgeordneten.

Aus Anlaß der Verhaftung des bayerischen Landtagsabgeordneten Abrech hat der Abg. Müller-Meinungen im Reichstag die Anfrage an die Regierung eingebracht, ob die Immunität der Landtagsabgeordneten in sämtlichen Bundesstaaten anerkannt wird. Auf diese Anfrage hat jetzt der Staatssekretär Dr. Veitbrück folgende Antwort erteilt:

Die Klarstellung der Frage, ob die Immunität der Mitglieder der einzelnen Landesvertretungen (abgesehen vom Falle des § 11 des Reichsstrafgesetzbuches) in sämtlichen Bundesstaaten anzuerkennen ist, würde nur im Wege der Reichsgesetzgebung unter entsprechender Änderung des § 6 Abs. 2 Satz 1 des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung vom 1. Februar 1877 (Reichs-Gesetzblatt S. 346) herbeigeführt werden können. Eine Änderung dieser Vorschrift ist während der Verhandlungen über die

Reform des Strafprozessrechts von keiner Seite angeregt worden. Die Frage wird auch nur im Rahmen der künftigen Reform des Strafprozesses gelöst werden können.“

Die Dispositionen des Reichstags

haben durch den Tod der Frau des Reichskanzlers eine kleine Änderung erfahren. Der Reichskanzler wird die für Mittwoch angekündigte Rede über die auswärtige Politik nicht halten; man nimmt an, daß er seine Darlegungen bei der dritten Lesung des Etats machen wird. Den Etat des Auswärtigen Amtes wird Staatssekretär v. Jagow und den Etat des Reichskanzlers dessen Stellvertreter, Herr Veitbrück, vertreten.

Konservative Agitationsweise.

Die Konservativen im Wahlkreise Stendal-Osterburg arbeiten mit dem Mute der Verzweiflung, um wieder in den Besitz des Mandats zu kommen und greifen nun in den letzten Tagen dazu, die Versammlungen der Nationalliberalen unmöglich zu machen. In Binde hatten die Nationalliberalen eine Versammlung angesetzt mit dem Abg. Dr. Böhme als Referenten. Als die Versammlung beginnen sollte, war der Saal von Mitgliedern des Bundes der Landwirte besetzt, die dort — legelten. Vor dem Zimmer, das der Wirt dann den Nationalliberalen anwies, war auf Veranlassung der Bündler ein — Karussell aufgestellt worden, das ununterbrochen spielte. Nach 2½ Minuten forderte der Wirt unter dem Beifallsgebrüll der Bündler den Versammlungsleiter auf, die Versammlung zu schließen. — So sieht die „wahrhaft vornehme Kampfesweise aus“ auf die die „Kreuzzeitung“ fortgesetzt so überaus stolz ist.

Frankreich.

Die Kammerwahlen. Das Gesamtergebnis ist die folgt: Gewählt sind 102 Sozialisten, gegen 68 bisher (darunter im zweiten Wahlgang Brache, Thomas, Grouffier, Delory, Renaudet, Karl Marx, Enkel Longuet), 26 Sozialrepublikaner (früher unabhängige Sozialisten genannt), 220 Radikale, 115 Briandisten, 62 Progressiven, 66 Angehörige der Rechtspartei (Monarchisten, Alerikale usw.). Die bürgerliche Linke und die gesamte Rechte halten sich mit je rund 250 Vertretern das Gleichgewicht; den Ausschlag geben also stets die Sozialisten. Das ist das hervorsteckendste Merkmal des Wahlausfalls. Und weiter ergibt sich daraus eine entschiedene Mehrheit gegen das Gesetz über die dreijährige Militärdienstzeit und für die Steuerreform. Zusammenfassend kann man sagen: Die Briandisten sind geschlagen, die Radikalen sind gefestigt und gesiegt haben die Sozialisten.

Eine Wolff-Depeche gibt als Gesamtergebnis beider Wahlgänge an: Gewählt sind 34 Konservative, 34 Mitglieder der Aktion Liberale, 69 fortschrittliche Republikaner, 73 Republikaner der Linken, 52 radikale Republikaner, 29 Sozialistisch-Radikale, 173 geeinigte Sozialistisch-Radikale, 33 sozialistische Republikaner, 102 geeinigte Sozialisten, 1 Revolutionär (Allemanist). Drei Resultate aus Martinique und zwei aus dem Senegal und Korsika stehen noch aus. Die Konservativen gewinnen 6 und verlieren 1 Sitz, die Aktion Liberale gewann und verloren 8, die fortschrittlichen Republikaner gewannen 14 und verloren 28, die Republikaner der Linken gewannen 21 und verloren 25, die radikalen Republikaner gewannen 9 und verloren 24, die Sozialistisch-Radikalen gewannen 12 und verloren 7, die geeinigten Sozialistisch-Radikalen gewannen und verloren 44, die sozialistischen Republikaner gewannen 5 und verloren 13, die geeinigten Sozialisten gewannen 45 und verloren 10, die Revolutionäre gewannen 1 Sitz.

Die Kolonialschwärmer sind durch einen Erfolg in Ostmarokko wieder einmal oben auf. Ein französisches Expeditionskorps hat Larza, einen strategisch wichtigen Punkt, der der Verbindung zwischen Alger und Marokko die Wege ebnet, eingenommen. 4 Tote und 15 Verwundete sind auf Seiten der Eroberer das Opfer dieses Erfolges. Der Feind, d. h. die Eingeborenen, denen man schlankweg das Land weggenommen hat, soll erhebliche Verluste erlitten haben. Bei Bekanntgabe der Einnahme von Larza gebärdete sich der patriotische Pöbel in Paris wie toll.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 12. Mai.

Die Bürgerschaft hielt gestern eine Versammlung von langer Dauer ab, die aber doch nicht die ganze umfangreiche Tagesordnung erledigen konnte. Zunächst wurde vom Wortführer mitgeteilt, daß am 6. April in nichtöffentlicher Sitzung eine Anleihe von 10 Millionen beschlossen worden ist. Dann gelangten ohne erhebliche Debatten u. a. Anträge auf Bewilligung von 77 500 Mk. zur Anschaffung von Inventar für die Erweiterungsbauten des Allgemeinen Krankenhauses sowie die Erhöhung des Kostgeldtarifes der Heilanstalt Strecknitz zur Annahme.

Eine lebhaftere Aussprache setzte bei der Revision der Bestimmungen über das Schulgeld ein. Genosse Hoff befürwortete warm die Unentgeltlichkeit der Volksschulen und der Lernmittel; er fand im Bierklosterhause jedoch nur platonische Gegenliebe. So gar der Volksschulhauptlehrer Schulmerich war nicht dafür zu haben, weil er befürchtete, daß die Volksschulen dadurch den Charakter der Armutsschulen erhalten würden. Dieser Auffassung trat Genosse Hoff scharf entgegen. Es nützte aber nichts. Die Mehrheit der Bürgerschaft lehnte trotz aller unwiderlegten guten Gründe sowohl den Antrag auf Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts als auch den Eventualantrag, ein Schulgeld erst bei Einkommen von 1200 Mk. ab zu erheben, ab. Von einer weiteren Erörterung der gleichen Frage, die später erfolgen soll, dürfte angesichts der gestern bekundeten sozialpolitischen Rücksichtlosigkeit unserer herrschenden Klassen, die für Massenerien „pa-

riottischer" Vereine immer Geld übrig haben, nicht viel Gutes zu erwarten sein.

Der Schaffung der Stelle eines Gewerbeaufsichtsbeamten im Hauptamt stimmte die Bürgerschaft mit großer Mehrheit zu, nachdem noch vor einem Jahre sich eine starke Opposition dagegen geltend machte. In der Kommission hatte man sich davon überzeugt, daß es in der bisherigen Weise nicht weiter geht. Dennoch hat man den Gewerbeaufsichtsbeamten noch mit der Kesselfreivision bepackt. Genosse Löwig sprach die Erwartung aus, daß mit der Annahme der Senatsvorlage, die unseren Forderungen bei weitem nicht entspricht, doch ein Schritt vorwärts auf dem Wege getan sei, der zur Schaffung einer wirksamen Gewerbeaufsicht führe, wie die Arbeiter sie wünschen. Hoffen wir das Beste!

Zu einer längeren Aussprache führte noch eine Senatsvorlage, nach welcher das Polizeiamt 10% der Radfahrergebühren als Erhebungsgeld für die sich berechnen darf. Die meisten Redner, darunter auch Genosse Müller, wandten sich dagegen. Dennoch stimmte eine knappe Mehrheit dafür. Es muß eine zweite Lesung erfolgen.

Stundenlang wurde über den Neubau des Staatsarchivs debattiert. Mit bemerkenswerter Schärfe wandte sich der Berichterstatter der Kommissionmehrheit, die hauptsächlich aus Sparsamkeitsgründen das Wollmagazin zum Staatsarchiv ausgebaut wissen will, gegen leitende Beamte der Baudeputation, die sich in anmaßender Weise über den Bericht der Kommission geäußert hätten. Es nützte dem Senat nichts, daß er mit vier Kommissaren, darunter der Baudirektor und der Archivar, aufmarschierte; die Bürgerschaft stimmte der Mehrheit der Kommission trotz verschiedener Bedenken zu. Da aber keine Zweidrittelmehrheit zustande kam, muß die Sache noch einmal zur Beratung gelangen. Da werden inzwischen sicher „Verständigungen“ angeknüpft werden.

Nach Mitternacht vertagte sich die Bürgerschaft auf kommenden Montag.

Bettel über Bettel.

Der Wohlthätigkeitssammel greift immer mehr um sich. Korablenentfaltung, Kinderhilfsstiftung, Beteranenspende, Sammlung für eine Kriegsluftflotte und jetzt wird wieder ein organisierter Bettel zur Stärkung der Finanzen des „Roten Kreuzes“ veranstaltet, der ebenfalls die Taschen der Mildtätigsten plündern soll. Krampf auf Krampf!

Man weist in dem Aufruf auf die fürchterlichen Schrecken des Krieges hin. Warum wirkt man denn aber nicht dafür, den Krieg unmöglich zu machen, sondern begnügt sich damit, die Wohlthätigkeit für die „Vorbereitung der Kriegserfordernisse“ in Anspruch zu nehmen.

Ist denn das Reich wirklich nicht imstande, die Krankenpflege im Kriege — wenn ein solcher von den Rüstungsindustriern einmal entfacht werden sollte — tragen zu können?!

Weshalb greifen denn, wenn schon private Hilfe notwendig ist, die Besessenen nicht selbst in ihre Beutel und bringen die Mittel auf, was ihnen bei einiger Opferwilligkeit doch ein Leichtes wäre?!

Wenn übrigens ein Hingerichter die Hilfe seines Mitmenschen in Anspruch nimmt, so kommt er ins Gefängnis oder Arbeitshaus. Hier wird die Bettelerei im großen betrieben und die Herrschenden sind damit einverstanden. Ja, wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe.

Die Arbeiterschaft will den Frieden. Nicht nur aus Nächstenliebe, sondern auch aus kulturellen und volkswirtschaftlichen Gründen; sie tritt rüchhaltlos für die Forderungen der internationalen Solidarität ein. Und wie es mit den im Kampfe verwundeten, jedoch wieder arbeits- und erwerbsfähig gemachten Kriegern bestellt ist, wissen wir zur Genüge. Mit dem Verleihen vor dem Bauche müssen die sieggelohnten Helden des Krieges 1870/71 von Haus zu Haus ziehen, weil die Speckige Rente von 80 Mark pro Jahr zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig ist.

Mögen also die reichen Leute in den Beutel greifen und Opfer für ihr heißgeliebtes Vaterland bringen. Wir Arbeiter wissen ein besseres Mittel fürs Vaterland: Wir klären die Massen auf, führen ihnen die Leiden eines barbarischen Völkermordens vor Augen, zeichnen die Gemeingefährlichkeit des Imperialismus und erwidern somit den Anstoß an die Sozialdemokratie, die der beste Hort für den Völkerrfrieden ist. Die Arbeiter halten auch bei dieser Sammlung die Taschen zu, hinterlassen sie mit ihrem sauer verdienten Gelde etwas Besseres anzujagen wissen.

Das Urteil über das Betreten der Holzlagerplätze: Freispruch. Vor acht Tagen wurde der Einspruch gegen die Strafverfügung wegen unbefugten Betretens des Lagerplatzes von Gehmann u. Jürgens durch den Arbeiter B. verhandelt. In dem heute vormittag verhandelten Freispruch wird u. a. begründend ausgeführt: es bleibt dahingestellt, ob die Verordnungsrechtsgültigkeit ist oder nicht. Der Angeklagte ist aus folgenden Gründen freizusprechen: Zunächst kommt in Betracht, daß die Holzlagerplätze ein einheitliches Ganzes bilden und die Zeit vom Aufhören der Arbeit bis zum Verlassen des Platzes mit zur Arbeitszeit gehört. Die Verordnung verbietet das Betreten der Holzlagerplätze aber nur nach der Arbeitszeit. Also kann von einer Verletzung nicht die Rede sein. Auch fehlte den Leuten das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit, denn sie hatten die Erlaubnis vom Lagermeister und sogar den Schlüssel zur Pforte. Und wenn gesagt wird, der Schutzmann habe vor der Pforte gestanden und durch Worte oder Gesten zu verstehen gegeben, die Arbeiter sollten zurückgehen, so ändert das nichts an der Sache, weil die Arbeiter schon über den Platz gegangen waren, denn der Schutzmann stand vor der Pforte des Platzes. Eine Verletzung der Straßenpolizeiverordnung kommt nicht in Frage, weil sich diese nur über die Sicherheit öffentlicher Wege und Plätze erstreckt. Hier handelt es sich aber weder um eine öffentliche Straße noch um einen öffentlichen Platz. Zugute zu halten wäre den Arbeitern außerdem noch, daß der übliche Weg durch Hochwasser versperrt war. — Nach dieser durchaus einwandfreien Auslegung wäre es wohl am zweckmäßigsten, daß sich diese das Polizeiamt zu eigen macht und die Strafverfügungen zurückzieht.

Helle Nächte. Während der Zeit, in der sich die Erde in der Nähe des Sommerstiltiums befindet und die Sonne über der Nordhalbkugel am höchsten steht, d. h. vornehmlich im Juni, dauert die Tageshelligkeit von einem bestimmten Breitengrade an bis zum Pol eine Zeitlang über Mitternacht, es wird überhaupt nicht ganz dunkel in der Nacht. Dieser Breitengrad ist der von 48 Grad 32'; alle Orte, die ihm nördlich nahe liegen, haben um den 22. Juni ein paar Tage lang mitternächtliche astronomische Dämmerung, indem die Abenddämmerung unmittelbar in die Morgendämmerung übergeht. Die Sonne sinkt dann zu Mitternacht weniger als 18 Grad unter dem Horizont, erhellt daher noch die obersten Atmosphärenschichten. Wien, München, Augsburg, Freiburg i. B., die etwas südlicher als dieser Breitengrad liegen, können noch keine Mitternächthelligkeit haben, in Straßburg dagegen werden die Nächte vom 19. bis 24. Juni nicht mehr ganz dunkel. Mannheim hat beinahe schon einen vollen Monat helle Nächte, vom 5. Juni bis 8. Juli, ungefähr ebenso Reiferslautern und Nürnberg. In Barmen-Eberfeld, Rassel, Leipzig und Breslau dauern die hellen Nächte etwa vom 24. Mai bis 20. Juli, in Berlin vom 18. Mai bis 26. Juli, ähnlich in Hannover, in Hamburg vom 11. Mai bis 31. Juli, nahezu ebenso in Wilhelmshaven, Schwerin, Stettin und Graudenz, in Lübeck, Kiel, Straßburg und Danzig etwa vom 10. Mai bis zum 8. August, endlich in Memel vom 5. Mai bis zum 8. August, also fast ein volles Vierteljahr. Für den Breitengrad von 59 Grad 32' sinkt die Sonne um Mitternacht weniger als 8 Grad unter dem Horizont, alle Orte nördlich dieses Breitengrades haben deshalb eine Zeitlang mitternächtliche bürgerliche Dämmerung; in St. Petersburg beginnt die immerwährende astronomische Dämmerung schon am 22. April und endet erst am 21. August, während die immerwährende bürgerliche Dämmerung die Periode vom 10. Juni bis zum 2. Juli umfaßt. Unter dem Polarkreise taucht um den 22. Juni die Mitternachts Sonne hervor, die am Pole selbst ein halbes Jahr lang scheint.

Zahl Steuerer! Der erste Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1914/15 ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstädte St. Jürgen und St. Gertrud sowie für Travemünde, Schlutup und die übrigen eingemeindeten Gebiete sind, in der Zeit vom 12. bis 20. Mai b. Jz. bei Vermeidung des Zuschlages der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. Die Verlegung des Wohnortes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt, einen Landbezirk oder in eines der eingemeindeten Gebiete und umgekehrt hat eine Änderung der im Steuerzettel angegebenen Zahlerrunde nicht zur Folge.

Arbeiter, Parteigenossen!

Erwerbt

das lübeckische Bürgerrecht!

Mehrere Straßenbahnunfälle ereigneten sich in den letzten Tagen hieselbst. Am Freitag wurde in der Israelsdorfer Allee ein Kind überfahren. Dasselbe soll ziemlich erhebliche Verletzungen davongetragen haben. Am Sonnabend wurde in der Fadenburger Allee ein Schlächter aus Fadenburg von einem Straßenbahnwagen angefahren; auch hier waren erhebliche Verletzungen, die eine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machten, die Folge. Montag mittag lief ein Knabe in der Hülstrasse gegen einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen. Er wurde zum Glück zur Seite geschleudert und kam so mit einer Kopfverletzung davon. Durch das sofortige starke Bremsen hatte sich die Bremsvorrichtung festgesetzt, so daß der Wagen mit vieler Mühe von einem andern Wagen zwecks Reparatur in die Wagenhalle geschoben werden mußte. Hoffentlich sind die Verletzten recht bald wieder hergestellt.

Handelsregister. Am 9. Mai 1914 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Derlien u. Heise, Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen; 2. bei der Firma Wilhelm Hammer, Lübeck: Die Firma ist von Amts wegen gelöscht.

ph. Warnung vor Anlauf. In verfloßener Nacht ist auf öffentlicher Straße in Hamburg einem Passanten eine alte braune Handtasche mit nachstehendem Inhalte geraubt worden: Damenhalstetten, Herrenpangertetten, goldenes Damen-Zigarettenetui mit Rubin und Brillanten, goldene Fuß-eisenuhr mit Rubinen und Brillanten, goldene Repetieruhr mit 14 Steinen, goldene Repetieruhr mit Monogramm: S. S., sowie eine Anzahl lose Brillanten im Gesamtwerte von 20 000 Mk. Der mutmaßliche Täter war groß und schlank und trug blaue Schirmmütze. Die hiesigen einschlägigen Geschäftsleute werden auf diese Sachen aufmerksam gemacht und ersucht, den eventuellen Verkäufer derselben anzuhalten.

ph. Einwendete Kleidungsstücke. In der Zeit vom Sonntag, dem 10. d. M., abends, bis Montag, dem 11. d. M., abends, ist aus einer Bodenammer in der Mühlenstraße ein schwarzes Maringo-Rackett und Weste und eine gestricelte Hose abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

ph. Einbruchdiebstahl. Aus einem an der Travemünder Chaussee in Rücknig belegenen Schuppen, in welchem Dreschmaschinen aufbewahrt werden, sind innerhalb der letzten 8 Wochen mittels Einbruch folgende zu den Maschinen gehörige Teile gestohlen worden: Ein aus 2 Teilen bestehender Magnet im Werte von 150 Mk., 17 verschiedene lange Treibriemen und eine Anzahl englische Schraubenschlüssel.

Das Wald- und Maifest des jetzt in prächtigster Blüte prangenden Israelsdorf wird am Sonntag, dem 17. Mai in hergebrachter Weise begangen. Für Unterhaltung und Verlesung des Publikums ist wieder in ausgiebiger Weise gesorgt. (S. Inserat.)

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Die wenigen Vorstellungen bis zum Schluß der Spielzeit am Freitag, dem 15. Mai, geben alle, mit Ausnahme der Wiederholung der erfolgreichen „Orpheus“-Aufführung vom Sonntag, am Mittwoch, bestedten und bewährten Künstlern Gelegenheit, sich vom Publikum zu verabschieden. So heute Willy Kollwitz mit der Pedro-Darstellung in d'Alberis' „Liesland“. Den Wert dieses Abends erhöht noch das Gastspiel der bei uns gern gesehnen Tilly Jansen vom Hamburger Stadttheater. Der Donnerstag mit „Emilia Galotti“ gehört unserem geschätzten Oberregisseur Georg Brunow und der intelligent schaffenden Marie Pflügl. Die Abschiedsspiele beschließen im „Liegenden Holländer“ Tilly Schmidt und Harry de Garma.

k. Secereh. In der letzten Gemeinderats-sitzung der Gemeinde West-Matatau wurden für die folgende Session in den Provinzialrat die Herren Gemeinderatsrat Rat-Pansdorf und Rentner Pöschel gewählt.

Altona. Das alte Lied, Herr v. Seydebrand treibt neuerdings mit anerkanntem Eifer die Agitation. Bald redet er im Süden, bald im Norden und fordert unter der Devise: „Reaktionäre aller Spezies vereinigt Euch!“ die um ihren Besitz Besorgten zum Anschluß an die konservative Partei auf. Am letzten Sonntag sprach er im sogenannten „Patriotischen Verein“ in Altona. Nach altem Rezept versicherte er wieder, daß die konservative Partei durchaus keine agrarische Partei sei, sondern mit gleicher Liebe alle Stände, sogar auch die Arbeiter, umschließe, und daß eine Aenderung des preussischen Wahlrechts die Revolutionierung Preußens bedeute. So heißt es z. B. in seiner Rede:

Falsch ist es, uns als eine lediglich agrarische Partei zu bezeichnen. Wenn wir nicht unsere Landwirtschaft hoffnungsvoll und vorwärtsstrebend erhalten, dann würde es mit dem besten Geiste des deutschen Volkes schlimm bestellt sein. Das aber ist die vornehmste Aufgabe der deutsch-konservativen Partei. Was wir an unserem Handel und unserer Industrie haben, die sich die Welt erobert haben, das verdanken wir dem Wagemut und der Intelligenz des deutschen Kaufmannes und des Gewerbes. Das ganze Volksleben aber muß sich gegenseitig ergänzen, ein Stand ist auf den andern angewiesen. Davon geht unsere Partei aus, und deshalb ist sie eine Volkspartei. (Sehr richtig!) Wir haben unerschütterlich die Interessen aller Stände im notwendigen Ausgleich zu vertreten. Wir vergessen auch durchaus nicht, welche Bedeutung der deutsche Arbeiter für unser deutsches Volk und seine Entwicklung genommen hat. Wir meinen aber, daß es vor allem im Interesse der deutschen Arbeiter liegt, daß wir diejenigen stark und freudig erhalten, die ihnen Arbeit und Brot geben. Was würde aus dem Arbeiter werden, wenn wir nicht diese vorwärtsstrebenden Kräfte erhalten und pflegten. Mit dem Eingehen dieser besitzenden Arbeit ist es nachgerade genug. (Lebhafte Beifall.) Wir Konservativen treten energig dafür ein, daß der Lebensnerv des Volkes nicht durchschnitten wird. (Lebhafte Beifall.) Es geht zu weit, alle Gesetze immer nur darauf anzusehen, wie sie auf die große Masse wirken. Dem Tüchtigen, dem kraftvoll Strebenden muß der Weg wieder mehr gebahnt werden. Schwächlich und verkehrt ist es, bei allen Maßnahmen immer zu fragen: Was ist populär? Man muß den Mut haben, auch einmal gegen den Strom zu schwimmen. (Stürm. Beifall.)

Und von der Forderung einer Umgestaltung des preussischen Dreiklassenwahlrechts meinte er spöttlich:

Wozu der ganze Lärm? Der preussische Landtag arbeitet doch so gut, auch die Fortschrittler in ihm. (Seitert.) In Süddeutschland, wo man sich das allgemeine Wahlrecht hat ausdünken lassen, hat man mir häufig gesagt: Erhalten uns um Gottes willen das preussische Wahlrecht, das ist ja der beste Schutz, den wir noch gegen die sozialdemokratische Herrschaft haben! (Beifall.) Wenn einmal mit der Aenderung der Wahlrechte angefangen wird, warum sollen wir in Preußen gerade beginnen? Das Bedenklichste ist, daß wir dem Reichstag auf seiner breiten Basis das Recht gegeben haben, über des Verändern der Besitzenden zu beschließen. (Sehr richtig.)

Den Vortritt hatte man dem Landtagsabgeordneten Kammerrentmeister Conrad aus Breslau gefaßt, einem wohlgenährten Mittelkändler, der munter gegen Freisinn und Sozialdemokratie lospaukte und dabei recht oft seine Zuhörer zu reichsverbündelnden Traktaten mit kümmerlichem Inhalt nahm. Er nahm die Gebuld seiner Hörer ziemlich lange in Anspruch, und hätte es während seines Vortrages, der von manchen schlafend angehört wurde, sicher schon eine Massenflucht eingeleitet, wenn nicht der Name Seydebrands noch das Programm geschmückt hätte.

Begegnung. Gelbe Kampfesweise. Nach dem für die Arbeiter ungünstig verlaufenen Bergarbeiterkampf haben sich die Gelben bekanntlich auf den Werften eingestellt. So auch auf der Vulkan-Werft in Begegnung. Und mit den unfairsten Mitteln bekämpfen sie, wie überall, so auch hier die freien Organisationen. Ein gelber Agitator namens Manische hatte die Ortsverwaltung Begegnung des Metallarbeiterverbandes in einem Schmäharikel im dortigen Amtsblatte indirekt der unreellen Kassenführung beschuldigt und der Artikel wurde von der „Deutschen Arbeiterschaft“, einem in der Stadt Hannover erscheinenden gelben Blatte, nachgedruckt und dadurch in weitere Kreise getragen. Der Kassierer der Ortsverwaltung Begegnung des Metallarbeiterverbandes strengte deshalb Privatklage gegen Manische und gegen die gelbe Zeitung an. In der Verhandlung vor dem Bremer Schöffengericht stellte sich die völlige Haltlosigkeit der erhobenen Verdächtigungen heraus, und nur dem Kläger haben die gelben Apostel es zu danken, daß sie sich mit einer reumütigen Erklärung aus der Affäre ziehen konnten, in der unzweideutig ausgesprochen wird, daß der Ortsverwaltung Begegnung des Metallarbeiterverbandes nicht der Vorwurf unreeller Kassenführung oder überhaupt unreeller Geschäftsführung gemacht werden kann. Die Angeklagten nehmen die Reuefertigungen zurück und tragen die Kosten. Die Erklärung ist in drei namhaft gemachter Zeitungen zu publizieren.

Bremen. Die Bremer Parteiorganisation hat das verfloßene Geschäftsjahr trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse mit einem guten Mitgliederzuwachs abgeschlossen. Die Mitgliederzahl stieg im Berichtsjahre von 13 855 auf 15 621. Darunter befinden sich 2757 weibliche Mitglieder. Die rote Woche brachte den Bremer Genossen 2553 Parteimitglieder und 1132 Abonnenten der „Bremer Bürger-Zeitung“. Wenn unser Bremer Parteiblatt trotzdem noch einen Abonnentenverlust zu beklagen hat, so ist das im wesentlichen auf den unalltlichen Verlauf des Werftarbeiterkampfes sowie auf die schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zurückzuführen. Im übrigen zeigt der Geschäftsbericht, daß die Bremer Parteiorganisation eine Fülle von Organisations- und Bildungsarbeit geleistet hat. Außer 801 500 Flugblättern wurde eine Broschüre in 50 000 Exemplaren an die bremische Bevölkerung verteilt. Unter den Mitgliedern wurden Kurse abgehalten über Nationalökonomie, Sozialismus und Politik, über das Erfurter Programm und über die bürgerlichen Revolutionen vom niederländischen Aufstand bis zur Revolution von 1848. Besondere Kurse wurden veranstaltet für die Ahtzahnjährigen und die Spielleiterinnen. Von der Arbeiterzentralbibliothek — die einen Bestand von 10 204 Bänden hat — wurden 54 354 Bücher verliehen. Das ist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 18 078 Büchern. Die Zahl der Leser stieg im Berichtsjahre von 3336 auf 4043. Angesichts solcher Zahlen mag die Reichsverbandspresse vom Rückgang der Sozialdemokratie faszeln; die Partei fühlt sich sehr wohl dabei.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Für Gratulationen und Geschenke zu unserer silbernen Hochzeit danken herzlich (8797)
H. Horenburg und Frau.

Für die uns zuteil gewordene Unterstützung von den Kollegen der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft, Abteilung Schiffbau, danken herzlich
W. Fröhlich u. Frau. aeb. Priehs.

3704 Dankagung.

Für die so überaus große herzliche Teilnahme und reichen Kranzspenden beim Heimzuge meines lieben unvergesslichen Mannes spreche ich allen Beteiligten, sowie Herrn Pastor Mildenstein für seine trostreichen Worte, dem Holzarbeiterverband und Sozialdemokratischen Verein meinen innigsten Dank aus.
Catharina Schnoor, geb. Fick.

3784) Landwirtschaftstochter sucht Stellung vom 1. bis 15. Juni für häusliche Arbeit in kleinem Haushalt bei einzelner Dame oder älterem Ehepaar auf dem Lande, in der Nähe von Lübeck. Dasselbe vorzuzug bei vollem Familien-Anschluß. Gehalt nach Vereinbarung. Angebote bitte unter **G L 100**, Trebel, Fr. Lüchow, Postfach 100.

Ausschreibung.

Im Auftrage des Sozialdemokratischen Vereins für Stockelsdorf und Umgegend suchen wir für die Verbreitung des „Lübecker Volksboten“ **Austrägerinnen** für folgende Bezirke:

1. Bezirk.
 Morier Weg, Morit, Steinrade, Schulweg.
 2. Bezirk.
 Kempelsdorf, Fackenburg, Ravensbusch, Barneck, Bohrade.
 3. Bezirk.
 Marienthal, Lohweg, Stockelsdorf.
- Genossinnen, die auf einen Bezirk reflektieren, mögen sich beim Vorliegenden **Heinr. Schultz**, Segebergstraße 67, abends von 8-9 Uhr bis zum 20. Mai melden. Derselbst ist auch der Abonnentenstand der einzelnen Bezirke einzusehen. (3792)
N. U.: Die Kolportage-Kommission.

Freundliches Logis zu vermieten. (3788) Ethenstraße 9.

Eine Bettstelle mit Sprungfeder-Matratze zu verkaufen. (3787) Hübsstraße 90, I.

Eine Staffelei ganz neu, billig zu verkaufen. Zu sehen nachm. Bauh. 17a.

Reißbrett, kleinen Waschtisch und Bettzeug (3790) zu verkaufen. Gartenstraße 30.

Wer bindet sofort 2 Matratzen auf?

Näheres in der Expedition die. Bl. (1274) Kaufe jeden Westen **ausgestämmtes Haar.**
Herm. Klempau
 Sudmigr. 33 u. Unterrade 20, II.

Anerkannt gute und billige **Uhren-Reparatur-Werkstatt.**

Aug. Böttner, Uhrmachermeister, (3798) Hübsstraße 32.

Für Schuhmacher-Meister!

Neue Sendungen Group. zu 2,07 und 2,17 — letztere fast prima. — Verkauf wie immer ohne Zwang. (3795)
Kühl, Hübsstraße 34.

Plakate

Bestimmung des **Medizinalamts** vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genussmitteln sind zum Preise von 30 Pf. per Stück zu haben in der **Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.**

Kränze

Buketts u. Girlanden (127) liefert billigst

Fr. Schmidt
 Bülowstraße 11, Markt und Dornstraße 16 a, Holstentor. Fernsprecher 113.

Schillers Werke

3 Bände 4 Mk.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,

Persil
 Das selbsttätige Waschmittel für Leibwäsche!
Henkel's Bleich-Soda

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste **Familien-Witzblatt**

Meggendorfer-Blätter
 München 22 Zeitschrift für Humor und Kunst
 2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probeprobe vom Verlag, München, Theaterstr. 47

Kein Besucher der Stadt München sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion, Theaterstraße 47 III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Dritter Teil

Rebels Leben

von **Karl Kautsky**

ist jetzt auch erschienen

und wollen die Bezieher der beiden ersten Teile ihre Bestellungen baldigst aufgeben.

Preis des dritten Teils 2.25 Mk.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Visitkarten
 — H. Elfenbeinkarton —
 100 Stück von Mk. 1.— an liefert
 Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:
 Johannisstr. 46.

Goethes Werke
 3 Bände 4 Mk.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
 Johannisstraße 46.

Konzerthaus Fünfhausen.
 Heute Dienstag: **Großes Tanzkränzchen.**
 Morgen Mittwoch: **Tanzkränzchen.**

Wald-u. Maifest
 in Israelsdorf
 (veranstaltet vom Gemeinnützigen Verein Israelsdorf-Gothmund)
 am Sonntag, dem 17. Mai.
 Anmeldungen von Schauspielern zc. bei **J. H. Wiese.** Dasselbst Platzverteilung am **Mittwoch, dem 13. Mai,** nachmittags 3 Uhr, im **Kaffeehaus Wendt.**
 Anmeldungen von Kindern, die den Ausmarsch mitmachen wollen (Selbige werden kostenlos eingekleidet) bei **H. Dieckelmann** in **Israelsdorf.** (3791)

Möbel-Lackiererei
P. Warnke, Siebente Querstr. 7
 Bettstellen, Küchen- u. Kleiderschr. 3 Mk Kommoden 2,50 Mk. etc. Ausführung sämtl. Malerarbeiten

Holsten-Meierei
 Fernruf 2336 Wickestr. 44
 empfiehlt alle Meiereiprodukte in bekannter Güte.
 Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (126)

Heilmagnetische Krankenbehandlung
Karl Haase
 Lübeck, Wickedestraße 13.
 Sprechstund. v. 2 bis 8 Uhr nachm.

Achtung!
Versammlung
 sämtlicher **bei der Schlepsschiffahrt beschäftigten Personen**
 am Mittwoch, dem 13. Mai abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 Tages-Ordnung:
 Bekanntgabe der vom Hafenamt eingegangenen Antwort auf unsere Eingabe vom 12. März d. J. (3908)
Die Vorstände.
 NB. Das Erscheinen der Kollegen ist dringend wichtig. D. D.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
 Zehnte Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
 am Mittwoch, dem 13. Mai abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Innere Verbandsangelegenheiten
 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht (3909) **Die Ortsverwaltung.**
 Die Vertrauensmänner in unsern aufständigen Betrieben sind besonders eingeladen.

Deutscher Bauarbeiter-Verbd.

Achtung!
 Vertreter aller Arbeitsplätze!

Versammlung
 am Mittwoch, dem 13. Mai abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstr. 50-52.
 Der äußerst wichtigen Tagesordnung halber, muß auch die kleinste Baustelle, ob Hoch-, Tief- oder Erdbau vertreten sein.
Der Vorstand. (3799)

Moisling.
 Sozialdemokratische Frauen.
Versammlung
 am Mittwoch, dem 13. Mai abends 8 1/2 Uhr
 im Lokale des Herrn Siemers (Kaffeehaus).
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Vortrag von Frau Dr. Schömer über: „Das Leben und Wirken von Wilhelm Liebknecht“.
 Um zahlreichen Besuch bittet (3783) **Der Vorstand.**

Konsumverein
 für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlung
 für die Mitglieder des **Holstentors-Nord**
 am Donnerstag, d. 14. Mai abends 8 1/2 Uhr
 in **Friedrichshof.**
 Tagesordnung:
 1. Geschäftsbericht und Bericht des Genossenschaftsrats.
 2. Genossenschaftliches.
 Um zahlreichen Besuch der Mitglieder und deren Frauen bittet (3776) **Der Vorstand.**

Versammlung
 am Mittwoch, dem 13. Mai 1914 abends 8 1/2 Uhr
 im **Gewerkschaftshaus.**

Süßes Gasthaus Rensefeld.
 Am 2. Pfingsttage:
Großes Ringreiten.
 Hierzu ladet ergebenst ein (3796) **Die Reiter und J. Süße.**

Stadthallen-Sommertheater.
 Sonnabend, den 16. Mai:
Eröffnungs-Vorstellung.
 Großer Schlager des Thalia-Theaters in Berlin. Neuheit! Größter Erfolg Gilberts.

Wenn der Frühling kommt.
 Operettenposse von Krauß u. Okonkowsky. — Musik von Jean Gilbert.
Sonntag, den 17. Mai:
 Zum zweiten Male

Wenn der Frühling kommt.
 Montag, den 18. Mai:
 Erster Schwankabend. Zugkräftiges Repertoirestück des Hamburger Thalia-Theaters.

Der ungetreue Eckehart
 Schwank in 3 Akten v. Hans Sturm. Vorverkauf zu allen Vorstellungen: Zigarrenhandlung **Otto Borchert.** Musikalienhandlg. **F. W. Kaibel.** **Rudolph Karstadt.** Dutzendkarten haben zu allen Vorstellungen Gültigkeit. (3801)

Neues Stadttheater
 Dienstag, den 12. Mai 1914:
 Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.
 Abschiedsvorstellung für **Willy Kollwitz.**
 Gastspiel von **Tilly Jansen:**

Tief land.
 Oper von Eugen d'Albert. Große Preise.
 Mittwoch, den 13. Mai 1914:
 Anf. 8 1/4 Uhr. Ende gegen 10 1/4 Uhr.
 Zum letzten Male:

Orpheus in der Unterwelt
 Operette von F. Offenbach. Große Preise.
 Donnerstag, den 14. Mai 1914:
 Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.
 Abschiedsvorstellung für Oberregisseur **G. Brunow** u. Marie Pflügl:
Emilia Galotti.
 Trauerspiel von Lessing. Anlässlich der Veranstaltungen für das Rote Kreuz ist das Haus festlich erleuchtet.
 Mittelpreise. (3792)

Schülerkarten haben Gültigkeit!

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 11. Mai 1914.

254. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Bundesratspräsident: v. Falkenhayn.

Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung und erbittet und erhält die Ermächtigung, dem Reichstanzler die Teilnahme des Hauses zum Tode seiner Gattin auszusprechen. (Die Abgeordneten haben sich von ihren Plätzen erhoben.) Die zweite Lesung des

Militäretats

wird fortgesetzt beim Kapitel „Naturalverpflegung“.

Die Abgg. Sebel (Z.) und Dr. Thoma (N.) empfehlen warm den Algauer Käse für Kamin- und Kautinnen. Hedmann (N.) bittet dringend um Besserstellung der sehr niedrigen Löhne der Arbeiter in den Proviantämtern und um mehr Rücksichtnahme auf die Beschlüsse der Arbeiterausschüsse.

Generalmajor Wild v. Hohenborn bestreitet, daß die Löhne der Proviantamtsarbeiter hinter den ortsüblichen Durchschnittslöhnen zurückbleiben. Im Bedarfsfalle trete Aufbesserung ein.

Thöne (SD.) Nach den Beschlüssen des Reichstags soll darauf gehalten werden, daß die bei den Militärleistungen beschäftigten Arbeiter angemessene Löhne erhalten. Das geschieht aber keineswegs immer. Außerdem verfolgen die Unternehmer vielfach die Praxis, Militärleistungen, z. B. Sattelzeug, außerhalb und zwar an Orten herzustellen zu lassen, wo der Lohn weit niedriger steht, und wenn sich dann die Arbeiterorganisationen mit Beschwerden an die Militärbehörden wenden, so reden diese sich damit aus, daß sie sagen, sie dürfen nicht in die wirtschaftlichen Kämpfe eingreifen. Hoffentlich nimmt in Zukunft die Militärverwaltung mehr als bisher auf die vom Reichstag oftmals als berechtigt anerkannten Arbeiterwünsche Rücksicht. (Beifall bei den Soz.)

Albrecht (SD.): Wie stellt sich der neue Kriegsminister zu dem System der Defonomehandwerker? Aus der Denkschrift des Herrn v. Herting geht hervor, daß das System der Bekleidungsämter mit Zivilarbeitern das allerbeste ist, das entziehen der Herstellung der betreffenden Artikel in Strassenfabriken, aber auch der Beschäftigung von Defonomehandwerkern und der Vergebung von Arbeiten an die Privatindustrie vorzuziehen ist. Aber wenn auch das System der Bekleidungsämter im allgemeinen das beste ist, so schließt das nicht aus, daß hier noch vielerlei zu wünschen übrig bleibt. In einzelnen Bekleidungsämtern sind die Löhne niedriger als in anderen, mit wenig Ausnahmen wird den Arbeitern verboten, den freien Gewerkschaften beizutreten, anderswo dürfen sie nicht einmal den christlichen Gewerkschaften angehören, und in Dresden ist es ihnen überhaupt verboten, sich zu organisieren. (Hört, hört! bei den Soz.) Daß Aufträge an die Privatindustrie gegeben werden, ist unter Umständen berechtigt, dann müssen aber die Militärbehörden darauf sehen, daß die Maßnahmen zugunsten des Handwerks und der Heimindustrie nicht viel mehr zur Ausbeutung mißbraucht werden, wie das z. B. in Breslau von Seiten des Obermeisters der dortigen Schneiderindustrie geschieht. — Schließlich bitte ich noch um Erfüllung der berechtigten Wünsche der Handwerksmeister bei den Bekleidungsämtern, die sich gegenüber den Proviant- und Waffenmeistern mit Recht zurückgelehrt fühlen. (Bravo! bei den Soz.)

Generalmajor Wild v. Hohenborn erklärt, daß die Militärverwaltung nach Möglichkeit die Firmen bevorzuge, die Tarifverträge abgeschlossen haben, daß es aber nicht möglich sei, ausschließlich bei solchen Firmen zu bestellen. Die Militärverwaltung habe nichts dagegen, daß die Militärarbeiter sich organisieren, nur müsse es bei nationalen Vereinigungen geschehen.

Albrecht (SD.): Die Regierung sollte den Privatunternehmern mit gutem Beispiel vorangehen, und die Rechte der Arbeiter achten. Statt dessen unternimmt sie es, den Arbeitern vorzuschreiben, ob und wie sie sich organisieren sollen. Der Vertreter der Heeresverwaltung sprach von den „nationalen Organisationen“, die zugelassen seien. Was heißt denn bei einer Gewerkschaft „national“? Nach dem Herzen der Heeresverwaltung „national“ sind wohl die gelben Gewerkschaften, diese internationalen Schmach. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Gegenüber den Anweisungen des Generals Wild v. Hohenborn halte ich alle meine Angaben aufrecht.

General v. Schoeler: Bei der bevorstehenden Erweiterung der Bekleidungsämter werden wir den Anträgen des Reichstags folgen und die Zahl der Defonomehandwerker nicht vermehren. Gefängnisarbeit benutzen wir nur in kleinem Umfange. Die Löhne werden dauernd kontrolliert, Heimarbeit ist verboten.

Ermborn (Z.) tritt für Besserstellung der Lazarettverwaltungsinspektoren ein.

Rupp-Waden (R.) und Liesching (Sp.) klagen über die Lasten der Bevölkerung bei den Manövern.

Generalmajor v. Schoeler: Soweit wir können, wollen wir diese Lasten gern vermindern. (Bravo!) Beim Kapitel „Militärbauwesen“ wünscht Mumm (WBg.), daß für die Unterbringung der Unteroffiziere besser gesorgt wird.

Beim Kapitel „Militär-Medizinwesen“ regt Erberger (Z.) an, Firmen zu subventionieren, damit genügend Impfstoffe und Verbandstoffe bereits im Frieden vorrätig gehalten werden können.

Oberstabsarzt Dr. Hoffmann: Im Frieden die Impfstoffe lagern zu lassen, wäre zwecklos, da sie ihre Schutzwirkung sehr bald verlieren.

Beim Kapitel „Ersatz- und Reservemannschaften“ klagt Thöne (SD.) über die sehr große Zahl der zu Übungen einberufenen Mannschaften. Der Entlassungstermin nach einer 14tägigen Übung ist Montag vormittag, während die Leute schon vom Sonnabend mittag an militärisch nicht mehr gebraucht werden. Würden sie am Sonnabend zur Entlassung kommen, so könnten sie am Montag zur Arbeit antreten, was um so wesentlicher wäre, als sie vielfach ihre Arbeitsstelle wegen der Übung verlieren und eine neue immer gerade vom Montag finden können.

General Wild v. Hohenborn: Wir nehmen bei der Einberufung und Entlassung der Mannschaften auf die berechtigten Wünsche der Bevölkerung Rücksicht.

Beim Kapitel „Pferdebewirtschaftung“ wendet sich Bassermann gegen das tierquälerische Coupiere der Pferde (Abhaden der Schwanzwirbel).

Alpers (Welfe) beklagt sich darüber, daß bei den Remonteaufkäufen in Hannover die Remontekommissionen vorzugsweise von Händlern, nicht von Züchtern gekauft haben.

Kriegsminister v. Falkenhayn: Wir müssen bei Ankäufen die Marktlage berücksichtigen und können die Händler nicht entbehren.

Kretsch (R.) und Jegter (Sp.) schließen sich den Klagen des Abg. Alpers auch für die Provinz Ostpreußen an. Eine von den bürgerlichen Parteien eingebrachte Resolution, die durchschnittlichen Gekochungspreise bei Remonteaufkäufen mit den amtlichen Vertretern der Landwirtschaft gemeinsam festzusetzen, wird angenommen.

Schulz-Erfurt (SD.) bittet die Heeresverwaltung, für bessere Soldatendbibliotheken zu sorgen, um die Schund- und Schmutzliteratur und ihre Verbreitung im Heere wirkamer zu bekämpfen. Bisher seien für Soldatendbibliotheken pro Kompanie nur 12 Mark eingelegt. Es müßten größere Summen bewilligt werden, um den Soldaten geistige Anregung geben zu können. Auch um ein anständiges Liederbuch nach dem Muster der modernen Wanderliederbücher sollte sich die Heeresverwaltung kümmern. (Allgemeine Zustimmung auch am Bundesratsstisch.)

Beim Kapitel „Kommandanten“ beantragt das Zentrum, die Kommandanten in Karlsruhe, Darmstadt und Königstein wieder zu streichen.

General Wild v. Hohenborn, der badische Gejandte Graf Berthelmer, der hessische Gejandte v. Biegeleben, der sächsische General Leuchardt v. Weichdorf und der württembergische General v. Graevenitz bitten, die Kommandanturen bestehen zu lassen.

Dr. Spahn (Z.): Es handelt sich um die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes, wie ihn unsere Beschlüsse vom Vorjahre geschaffen haben. Der Reichstag muß darauf achten, daß an seinen Entscheidungen nicht immer wieder gerüttelt wird. (Lebh. Bravo!)

Der Antrag des Zentrums wird gegen die Rechte und die Nationalliberalen angenommen.

Es folgt das Kapitel „Waffenwesen“ und „technische Institute“.

Auf Antrag des Abg. Ledebour (SD.) werden die Fragen der Rüstungsindustrie gesondert behandelt.

Dr. Liebknecht (SD.): Die deutsche Rüstungsindustrie arbeitet gegenwärtig mit einem nominellen Kapital von 255 oder, wenn die beschlossenen Erhöhungen durchgeführt werden, von 270 Millionen. In Wahrheit sind ihre Aktien mindestens eine halbe Milliarde wert. An diesem Rüstungskapital sind hauptsächlich Krupp, der Loewekonzern und der Pulvertrust beteiligt. Der frühere Direktor von Krupp ist bekanntlich gegenwärtig Vorsitzender des Zentralverbandes Deutscher Industrieller. Der jetzige Vorsitzende des Kruppdirektoriums war früher Vortragender Rat im Finanzministerium, Syndikus bei Krupp ist ein Bruder des Generals Wandel, der verurteilte Direktor Eccius war früher im Auswärtigen Amt tätig. Direktor Eger von Krupp war früher Deputierter im Kriegsministerium. Von dem Vizeadmiral a. D. Sack sagt die konservative Zeitschrift „Der Türmer“, es schade sich nicht für einen pensionierten Admiral, die Aufsichtsratsstellung bei einer Firma zu übernehmen, mit der man als Deputierter jahrelang zu tun gehabt habe.

Admiral a. D. Sack ist gleichzeitig im Aufsichtsrat Krupp und von der Waffen- und Munitionsfabrik (Loewe-Konzern) und von den Köln-Rottweiler Pulverfabriken. Weder im Handel noch in der Korruption beschränkt sich Krupp auf Deutschland. Er ist ein Matador des internationalen Waffenhandels, der internationalen Sprengstoffindustrie, der Motorindustrie Daimler und des internationalen Unternehmens der Kriegswirtschaft, der optischen Werke von Goerz. In dem internationalen Panzerplattentrust und der internationalen Munitionskonvention spielt Krupp die erste Rolle. Die Konkurrenz zwischen Krupp und der Dillinger Hütte, von der früher viel die Rede war, ist längst durch ein Kartellverhältnis abgelöst worden. Die alten engen Beziehungen zwischen Krupp und Stoda in Pilsen sind seit 1903 in ein wirkliches Kartell- und Konzernverhältnis verwandelt, das sich auch auf den Austausch aller Patente erstreckt. Seit Anfang 1904 sind Krupp-Stoda mit russischem und französischem Kapital, insbesondere mit Schneider in Creuzot kartelliert. Dadurch sind sie auch an den bekannten Pulverloswerken in Petersburg beteiligt. Die Pulverloß-Affäre im Anfang dieses Jahres hat ja durch das Dementi- und Beteiligungs spiel, durch die halbamtlichen und nichtamtlichen Ausreden und Zugeständnisse einen Blick in das Treiben des internationalen Rüstungskapitals gestattet. Die „Köln. Zeitung“ teilte am 31. Januar mit, es sei schon längst kein Geheimnis, daß Krupp mit den Pulverloß-Werken seit langem im Zusammenhang stehe. Die „Deutsche Tageszeitung“ berichtete unter dem 6. Februar, die Stoda-Werke, also wieder Krupp, hätten nicht nur zwei russische Schiffswerke übernommen, sondern auch versucht, die Herrschaft über Pulverloß zu gewinnen und veräußerte am 9. Februar proklamend, die Pulverloßschen Geschäfte würden aus besten Kruppischen Tiegeln hergestellt. Daneben hat die Pulverloß-Affäre den engen Zusammenhang der deutschen Rüstungsindustrie auch mit englischem, insbesondere Sheffielder und Birminghamer Rüstungsindustrie-Unternehmungen bewiesen. Im Aufsichtsrat von Ehrhardt sitzt neben unserem allverehrten Geheimrat Dr. Baasche (Heiterkeit), der frühere Oberpräsident v. Loebell, jetziger preussischer Minister des Innern (Stürm. Hört, hört!) und der Generalleutnant Ernst v. Reichenau. Bei diesen Konnexionen konnte Ehrhardt die Konkurrenz mit Krupp schon aufnehmen. Aber sie entwickelte sich in kapitalistischer Manier. Nachdem Krupp durch Aktienkäufe jahrelang Ehrhardt an der dringend notwendigen Kapitalerhöhung gehindert hatte, hat sich Ehrhardt schließlich unterworfen, Krupp und Ehrhardt sind jetzt ein Konzern. Der Loewe-Konzern breitet sich über fast die ganze Welt aus. Das Stammhaus hat die Waffenfabrikation aufgegeben. Aber diese wird betrieben von den deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, von der fabrique nationale d'armes de guerre in Herstal (Belgien), einem Unternehmen in Paris, und einem in Brescia. Zum Loewe-Konzern gehört die Firma Gebr. Köhler, die nach Vesterret, Italien, China, Japan usw. liefert. Der Loewe-Konzern steht in engen Beziehungen zur Sprengstoffindustrie, zum Nobeltrust, und damit auch zu den englischen Sprengstofffirmen. Saltings Börsen-Jahrbuch für 1913 verkündet mit Stolz, daß Loewe mehr als 50 Prozent seiner Waffen an das Ausland abgesetzt hat. Ganz enge Beziehungen bestehen zwischen dem Loewe-Konzern und der berühmten österreichischen Waffenfabrik in Steyer. Loewe und Steyer sind Hauptbeteiligte an der neuen, von der russischen Regierung genehmigten Aktiengesellschaft Parabellum (Rüste zum Krieg) in Petersburg, die sämtliche Erfahrungen und Patente dieser beiden Waffenfabriken den russischen Kriegsrüstungen zugute kommen lassen soll. (Große Bewegung.) Mit dem Loewe-Konzern wird der internationale Kriegstrust geschlossen, der ganze Erdball ist in Interessensphären zur Exploitation des Völkermords in Entzweiung genommen. (Hört, hört! bei den Soz.) In hoch- und landesverräterischer Weise münzt das internatio-

nale Kriegsmaterial Gold aus der Zwietsch der Wölfer. Sinter dem Loewe-Konzern steht vom Bankkapital in erster Linie die jetzige 300-Millionen-Bank der Diskontogesellschaft und Schaaffhausen. Auch die Nationalbank und somit ihr Aufsichtsratsvorsitzender Witting sind am Loewe-Konzern beteiligt. Ueber den Pulverring ist bereits 1896 eine Schrift erschienen, aber sie ist vollkommen überholt, da inzwischen der Sprengstofftrust vollkommen internationalisiert worden ist. Die größte deutsche Pulverfabrik Köln-Rottweil ist hauptbeteiligt auch an der russischen Pulverfabrikation. Der Nobel-Trust und die Deutsche Dynamitgesellschaft haben einen vollkommen international zusammengesetzten Aufsichtsrat. Sie werden mit kein Land der Erde nennen können, das dieser Sprengstofftrust nicht beherrscht. Wir haben ja noch einige Fabriken außerhalb des Sprengstoffrings. Aber sicher sind auch dorthin schon unterirdische Verbindungen hergestellt oder werden doch in absehbarer Zeit hergestellt werden. Leider kann man in Deutschland nicht die Frage beantworten, wie weit sich Aktien, Publikationen usw. in den Händen der Bureaucratie, in den Händen von Offizieren und Parlamentariern befinden. In anderen Ländern, z. B. in England, ist das leichter, weil dort eine Offenlegung des Aktienbesitzes besteht. Nur dadurch war es möglich, in dem Markont-Standal hineinzuleuchten. Es ist aber doch für einen Parlamentarier von großem Interesse, sich das Adressbuch des Aufsichtsrates der verschiedenen Aktiengesellschaften anzusehen. Auch das Hinüberwechseln zwischen der Privatindustrie und staatlichen Stellen ist gefährlich, nicht sowohl deswegen, weil die Privatindustrie dadurch die Möglichkeit zu Schleichwegen behufs Ergatterung von Aufträgen bekommt, sondern besonders deshalb, weil die Möglichkeit eines Avancements aus den staatlichen Stellen in die Privatindustrie forumpierend wirken muß oder doch wirken kann. Ich will natürlich keine Verdächtigung aussprechen, aber diese Gefahr liegt zweifellos vor. Auch von Herrn Erberger ist ja das Hinüberwechseln des Direktors der Spandauer staatlichen Pulverfabrik in die Köln-Rottweiler recht unangenehm empfunden worden. Auch Ausländer sind in dieser wie in anderen Aktiengesellschaften Aufsichtsräte. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Panzerplattenfabrikation umfaßt ca. 20 Gesellschaften mit 100 Millionen Aktienkapital. Sie befindet sich wesentlich in den Händen der schweizerischen Firma Braun-Boveri. Sehr interessant ist auch das Schiffbau-Stahlkontor, von dem der Direktor von Krupp geplaudert hat. Wir können ja nicht hinter die Kulissen sehen; man sagt, es soll die Preise möglichst niedrig halten. Wer's glaubt, wird selig. Trotz der Versicherung eines Vertreters der Regierung, daß der Schiffbaustrust gescheitert sei, sehen wir die ganze monopolistische Entwicklung, die schon so viel Materielles zur Kartellierung der Schiffbauindustrie gewirkt hat, daß man wirklich nicht mehr zu wünschen braucht. Bei der immer wichtiger werdenden Motorenindustrie kommen 30 Gesellschaften mit über 117 Millionen Nominalaktienkapital in Betracht. Für die Luftschiffahrt gewinnt diese Industrie beständig an Bedeutung. Aber im Aufsichtsrat der Deutschen Luftschiffahrtsgesellschaft sitzt ein Geiser. Die Daimler-Gesellschaft ist vollkommen internationalisiert, besonders durch die Firma Goerz, die in London und Wien Tochtergesellschaften, in Petersburg, Preßburg, Paris Niederlassungen hat. Sie zeigt ganz den Typ des Loewe-Konzerns. In ihrem Aufsichtsrat sitzt auch Generalleutnant v. Liebert, ferner ein Hauptmann a. D., der frühere Referent bei der Abnahme der Gewehrprüfungen war. (Hört, hört! bei den Soz.) In der deutschen Rüstungsindustrie ist kein fremder Staat unvertreten, soweit es sich um die Generalkonsole handelt. Der Direktor der Intern. Diesel-Motoren-Gesellschaft ist gleichzeitig französischer Generalkonsole, der großbritannische Generalkonsole ist im Aufsichtsrat von Loewe und der A. G. O. Die Rüstungsinternationale ist aber auch in der Produktion vorhanden. Es tritt noch die Internationale des Handels, auch die mit Patenten und Konstruktionen, und die Internationalität des Finanzkapitals hinzu. In der Deutschen Diesel-Motoren-Gesellschaft ist die Idee der Unterseeboote entstanden, die Angsbürger Gesellschaft hat aber die Unterlagen für die französischen Unterseeboote hergestellt. Das kann gar nicht wundernehmen, da der Direktor Guggenheimer zugleich französischer Generalkonsole ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Rüstungshandel ist natürlich auch international. Aus Deutschland wurden im Jahre 1903 für 50 bis 60 Millionen Mark ins Ausland ausgeführt; doch das ist nur der kleinste Teil des Exports, da Panzerplatten, artilleristische Dinge usw. in Rücksicht auf die betreffenden Staaten in der Statistik nicht mitanzugeführt werden. Loewe sendet mehr als 50 Prozent seines Umsatzes ins Ausland. Deutsche Waffen sind nach Ägypten zur Unterdrückung der Revolution gegangen. Deutsche Gewehre wurden auch nach Abyssinien geschickt, und haben dort dem Widerstand gegen England so außerordentliche Kraft verliehen. In der „Täglichen Rundschau“ vom 6. Februar sagt Generalmajor v. Bahr, das Vertrauen des Auslandes zur deutschen Rüstungsindustrie beruhe auf dem Vertrauen des Deutschen Reiches, und wendet sich deshalb gegen die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, weil ihr dann die Reklame fürs Ausland genommen sein würde. (Hört, hört! bei den Soz.) Ist ein bössartiger Gedanke denkbar? Der Mann fordert, daß das Deutsche Reich für diese Kriegserzeugnisse Reklame machen soll. Ich möchte doch auch fragen, ob es auf Wahrheit beruht, daß das neue französische Geschütz auf dem Umweg über Italien aus Deutschland gekommen ist? (Hört, hört! bei den Soz.) Wir müssen leider zu der resignierten Feststellung kommen, daß in bezug auf die technischen Fortschritte ein wohlorganisiertes internationales Clearing-System besteht. Im Aufsichtsrat der verschiedensten Gesellschaften sitzt der vielgerühmte Vizeadmiral Sack, er stellt eine heilige Dreieinigkeit dar, so daß man sagt, es geht alles in einem Sack. (Heiterkeit.) Ich wende mich nun zu einem andern Gebiet, zu den Krupp-Prozessen. Ich erwarte ja wieder Enthüllungen. Die Gerichte haben sich mit peinlicher Regelmäßigkeit auf das zur Aburteilung Stehende beschränkt, gar manches, was zur Sache gehört, wurde in den Verhandlungen zur Seite geschoben. Das Brandische Bureau ist nach den Feststellungen der Gerichte ein echtes Bestechungsbureau gewesen. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Oberstaatsanwalt jagte, daß schätzungsweise in den Jahren 1910—12 1500 durch Bestechung erlangte Geheimberichte nach Essen gelangt seien. (Hört, hört! bei den Soz.) Ueber den Inhalt dieser Geheimberichte sagte der Oberstaatsanwalt, sie gaben eine Heberberichter über die gesamte Tätigkeit des Kriegsministeriums, der Feldzeugmeisterei und der Artillerieprüfungskommission in allen Fragen der Beschaffung artilleristischer Materials. Der gesamte Verkehr innerhalb des Kriegsministeriums, mit den anderen Behörden, und mit den Lieferanten, sei Krupp bekannt geworden, auch die Konstruktionen der Behörden und Privaten und die Ergebnisse der Versuche. Wenn also Krupp so eingehend unterrichtet war, daß ihm tatsächlich nichts unbekannt blieb, dann muß jeder, der nicht vertuschen will, zugeben, daß man noch längst nicht alle Informanten Krupps

ermittelt hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man hat die Bedeutung dieser Korruption durch den Hinweis auf die Geringfügigkeit der verteilten Summen zu bestreiten gesucht. Was haben denn die Verdammten in Karlsruhe, was hat die Polizei in Köln und Frankfurt bekommen? Doch noch weniger als die Herren aus dem Kriegsministerium. Das Bestehen ist eben heutzutage in Deutschland noch ziemlich billig. (Unruhe rechts.) Der Fortschritt wird sich schon darin zeigen, daß die Beamten allmählich im Preise steigen. (Erneute Unruhe rechts.) Der Kruppfall hat eine Fäulnis nicht nur an der Veriphorie gezeigt, wie die neuesten Polizeifälle, sondern die beginnende Kernfäule der Militär- und Marineverwaltung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Im Ministerium des Innern selbst ist bisher keine Polizeikorruption nachgewiesen worden, wohl aber im Inneren der Heeresverwaltung. Daß meine Angriffe den Kriegsminister v. Heeringer nicht treffen sollten, habe ich schon in meiner ersten Rede deutlich genug gesagt. Leider hat die Marineverwaltung in der Aufdeckung der Schäden nicht die gleiche Energie entfaltet wie die Heeresbehörden. Aber wer wagt heute noch zu behaupten, daß es sich um Verfehlungen untergeordneter Beamten gehandelt hat. Direktor Eccius ist mitberurteilt, die übrigen Direktoren von Krupp nicht verurteilt worden. Das ganze Direktorium von Krupp hat das freijedende Uebel der Korruption gekannt und gebilligt. Man hat den Direktor Roettger zu verteidigen gesucht damit, daß der Mann, an dessen Bestechung er beteiligt gewesen sei, freigesprochen worden wäre. Aber dieser Freispruch ist nur wegen Verjährung erfolgt, an Roettgers Schuld hat sich nichts geändert. Jedenfalls hat die Direktion von Krupp den französischen Brief von Brand bekommen, indem er mittelste, es sei ihm gelungen, einen Mann seines Vertrauens in die Artillerieprüfungskommission hineinzubringen, und hat nichts gegen Brand unternommen. Das zeigt die Bereitschaft zur äußersten Korruption. (Sehr wahr!) Das Kruppische Traktiersystem scheint jetzt abgestellt zu sein, es bleiben seine engen Beziehungen zur Presse, insbesondere zum „Berl. Lokal-Anz.“ und zum Wolff-Bureau. Auch die „Etoile Belge“ und italienische Zeitungen hat Krupp gekauft. Der Fall Wangemann zeigt einen Kruppischen Literaten, der sich den Schein der Unabhängigkeit gibt. 1910 hatte das Kruppische Nachrichtenbureau die neuesten, noch kaum ausgearbeiteten Schiffspläne Oesterreichs, eben so einen Festlegungsfall in Argentinien, 1911 eine recht unangenehme Sache in Schweden. Trotz alledem haben sich eine Unmenge Kruppverteidiger gefunden. Man sagt nicht mehr, right or wrong my country (gut oder schlecht, mein Land hat recht), right or wrong my money (gut oder schlecht, mein Geld hat recht). Nach meiner ersten Krupp-Rede erklärte die Abgg. Götting und Pfeifer, wenn auch nur ein kleiner Teil meiner Behauptungen wahr wäre, sei der Skandal ungeneuer. Es war alles wahr und noch mehr, und trotzdem konnte im größten Teil der Presse und des Parlaments die Krupphege sich ausbreiten. Der nationalliberale Herr Schürer verkündete hier die Moral der Rhinogeroschau und die beiden Brüder Witkowski formulierten die Krupp-moral in ihrem reinsten Weien. Der eine Bruder, der Bankdirektor Richard Wittung, erklärte, daß zwischen Staat und Rüstungsindustrie eine Symbiose (Gemeinschaftsleben) bestehe, und der Bruder, Maximilian Harden, sagte in einer Kölner Rede: „Man muß lügen, noch viel mehr lügen im Interesse des Vaterlandes, des Reiches.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Sehr geschmackvoll hat dann an Kaisers Geburtstag Herr Krupp von Bohlen-Halbach verkündet, nicht Profitgier, sondern das Bewußtsein in der Verantwortung für das Gemeinwohl sei der Leitstern des Kruppischen Unternehmens. Des Unternehmens, das alle Feinde Deutschlands mit Waffen versorgt, und im letzten Jahre nicht weniger als 43 Millionen Ueberlauf bei 20 Millionen Abschreibungen erzielt hat. Wie es nur eine Jungfräulichkeit gibt, so gibt es nur eine Korruption. Der Kruppandal hat auch die deutsche Justiz und die öffentliche Meinung verunreinigt und damit viele bisherige Hemmungen gegen Beamtenbestechung beseitigt. In die Reichskasse sind im letzten Jahr 30 000 Mark Schmiergelder unbekannter Geber geflossen, die von den Empfängern nicht angenommen worden sind. Mit Recht hat dazu die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt, man dürfe sich über die Ausbreitung der krankhaften Erscheinungen nicht länger täuschen. Wie entscheidendvoll die Gerichte neuerdings auf die kapitalistische Psychologie eingehen, zeigt die Verurteilung des Herrn v. d. Goltz zu nur 3 Monaten Gefängnis wegen Betrugs militärischer Geheimnisse. Man hat ihm zugute gehalten, daß er die Firma Ehrhardt dadurch leistungsfähiger machen und dadurch dem Reiche nützen wollte. So unterläßt man die Spekulation der Privatindustrie auf die gefährliche „Sachlande“ der Offiziere. Ein besonderer Korruptionsschmerz ist die Firma Goerz. In einem Aktienstück, das bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Berlin II liegt, hat der Direktor der militärischen Abteilung von Goerz eidlisch ausgesagt, man müsse bei den Geschäften ein Sammelnetz haben, und ein anderer Direktor: „Geheimert wird überall“. Goerz hat den Abnahmbeamten regelmäßig Süßwaren und Apparate geliefert. Ueber die Bestechung des Rechnungsrats Maximilian im Kriegsministerium und eines Leutnants der Gewehrprüfungskommission hat der Direktor von Goerz die Zusage verweigert, weil er sich sonst einer Strafbestrafung aussehe. Die Bestechungssumme beträgt etwa 20 Mark, trotzdem hat sich die Staatsanwaltschaft gewagt, einzuschreiten. Bei dem Panoramafestnahmen ging die Firma Goerz wegen der Konkurrenz mit der Firma Zeiß um 150 Mark von ihrer ursprünglichen Forderung 65 Mark pro Stück zurück. Da es sich um 10 000 Stück handelte, hatte sie das Reich um 15 Millionen begaunert wollen. Uebrigens betragen die Selbstkosten nur 20 Mark. Es ergibt sich daraus, daß das Reich um viele Millionen geschädigt worden ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Trotzdem hat die Militärverwaltung wieder dieser Firma Aufträge erteilt. — Die Praktiken der Firma Siemens-Zucker sind durch die Bestechung japanischer Offiziere an den Tag gekommen. Der Staatsanwalt forsierte einen Brief, der der Firma sehr unangenehm werden konnte, dieser Brief blieb aber in dem Geheimnisrat des Staatsanwalts und wurde der Bestechung und dem Gericht entzogen. (Präsident Kämpf: Dieser Vorwurf gegen die Staatsanwaltschaft ist unrichtig. Ich rufe Sie zur Ordnung.) Ich betone nur, daß dies der Sachverhalt des Panoramafestnehmens war. Im Lillan-Protokoll sagte ein Kriegsgerichtsar, man hätte denken müssen, nach meinem Auftreten im Reichstage, es handle sich um eine große Korruption bis zum Kriegsminister hinan. Nun, unter den Korruptionen auf dem Boden des Kriegsministeriums wurde jetzt erapopt der General von Lindemann erwähnt, der im Februar gestorben ist und dessen Familie nach seinem Tode ein Seileidstelegramm des Kaisers erhielt. In den Akten der Konfiskation gegen Lindemann finden Sie, daß dieser Herr einen einträglichen Handel mit der ... (Große Unruhe rechts. Präsident Kämpf: Es ist nicht Gebrauch des Hauses, Taten derartige Vorwürfe zu machen. Uebliches Bravo! rechts.) Ich bedauere unendlich, daß der Herr nicht mehr lebt, ich habe aber herbei, daß er einen einträglichen Handel mit der Gräfin St. Rajenai getrieben hat, indem er Titel und sonstige Gunstbezeugungen ... (Präsident Kämpf: Ich rufe Sie nochmals zur Ordnung wegen dieser Vorwürfe gegen einen Toten und ermahne Sie, den Gegenstand zu verlassen.) (Lebh. Beifall rechts.) Ich kann Ihnen die Wahrheit eines Schreibens dieses Herrn vorlesen. (Lebh. Schlußruf rechts, Glöde des Präsidenten.), ich habe

das Recht und die Pflicht, Dinge, die das öffentliche Interesse berühren, aufzudecken. Auch die Deutsche Tageszeitung schreibt, wo öffentliche Interessen in Frage kommen, muß jede Korruption schonungslos aufgedeckt werden. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Wir haben als Deutsche ein Recht darauf, daß die deutsche Industrie im Auslande ein Ansehen genießt und daß sie mit honorarigen Mitteln arbeitet. Ueber die internationale Politik des Rüstungskapitals wäre noch manches zu sagen. Ich will es mir versagen und auch nicht darauf eingehen, daß die Forderung ausländischer Rüstungen durch die deutsche Industrie stets auch wieder die einheimischen Rüstungen vorantreiben. Daß die Kriegswirtschaft goldene Früchte trägt, ist ja eine längst bekannte Tatsache. In der ersten Kriegsgerichts-verhandlung zum Fall Krupp hat der Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat West gesagt, die ganze Wärfre riedle 10 Meter gegen den Wind nach Bestechung. Seit jener Verhandlung hat sie nicht angefangen besser zu riechen, wohl aber haben Sie Ihre Nasen weniger empfindlich gemacht. Sie können diesen Geruch jetzt vertragen und so mag denn der Kriegsminister jetzt aufstehen und seine Verteidigungsrede schmettern zur höheren Ehre der deutschen Rüstungsindustrie und der Firma Krupp. (Heiterkeit und lebh. Beifall bei den Soz.)

Präsident Kämpf ruft den Redner wegen mehrerer aus dem Stenogramm ermittelter Aeußerungen nochmals zur Ordnung.

Kriegsminister v. Falkenhayn: Ich habe nicht die Firma Krupp zu verteidigen und nicht die Rüstungstreiber, die der Abg. Liebknecht an den Pranger gestellt hat und die für Deutschland seit 43 Jahren den Frieden erhalten haben. Nach meiner Meinung hat es weder Zweck noch Berechtigung, die Vorwürfe vom vorigen Jahre wieder zu erheben. Durch die Prozesse vor offenen Türen steht vollkommen fest, daß es sich gehandelt hat auf der einen Seite um unlaute- ren Wettbewerb, auf der anderen Seite um schwere Verstöße gegen die Beamtendisziplin, aber von Hoch- und Landesverrat hat sich nicht die geringste Spur gezeigt. (Liebknecht: Wie behauptet!) Ich bitte um Verzeihung, durch diesen Hinweis gelang es im vorigen Jahre die große Aufmerksamkeit zu erregen. (Liebknecht: Unwahr!) (Glöde des Präsidenten. Unruhe rechts.) Einige Angehörige der Heeresverwaltung, darunter nur wenige Beamte des Kriegsministeriums — mit der Kernfäule ist es also nicht weit her — haben sich vergangen, aber ich bin jetzt überzeugt, daß sie sich der Tragweite ihrer schweren Verstöße nicht bewußt waren. Alle Beteiligten sind zur Verantwortung gezogen worden. (Liebknecht: Nein!) Alle Beteiligten, die wir kennen, und sie werden ihr Leben lang an dem zu tragen haben, was sie sich eingerührt haben. Seitens der Heeresverwaltung ist alles geschehen, was geschehen konnte, um einer Wiederholung solch bedauerlicher Einzelfälle vorzubeugen. Warum man diese jetzt wieder zur Sprache gebracht hat, das verstehe ich nicht. (Sehr wahr! rechts.) Ich habe es auch schon voriges Jahr nicht verstanden (Große Heiterkeit links), denn der Abg. Liebknecht hat doch selbst zugestanden, daß mein Amtsvorgänger alles Menschennögliche getan hat. Nachteile sind aus diesen Reden in Menge erwachsen, die Heeresverwaltung muß sich dies sagen, und die deutsche Industrie wird es in ihrem Abhah nach dem Auslande spüren. (Zuruf rechts: die Arbeiter auch, Frankreich hat den Nutzen!) In Deutschland ist der Ruf der Firma Krupp viel zu fest gegründet, als daß irgendwelche Versehen und Vergehen ihn erschüttern könnten. Aber im Auslande werden genug Konkurrenten in diese Kerbe hauen und Vorteil daraus ziehen. Das Haus Krupp, das schon manchen schweren Schlag überstanden hat, möge durch Solidität und Lüstigkeit auch diesen Schlag überleben. Das ist zu wünschen, nicht nur im Interesse der Firma, sondern vor allem im Interesse der 80 000 Menschen, denen sie Brot gibt. (Lachen bei d. Soz.) Der Vorredner hat dann noch Angelegenheiten eines Toten berührt. Der Präsident hat die Form schon gerügt, in der es geschah. Ich kann nur noch bedauern, daß ich das habe mitanhören müssen. (Beifall rechts.)

Generalmajor Wild v. Hohenborn: Ueber die Angelegenheit der Firma Ehrhardt sind wir informiert. Was der Abgeordnete Liebknecht dazu sagt, ist gleichgültig. (Große Unruhe bei den Soz.) Ich spreche hier als Stellvertreter des Kriegsministers. (Zuruf bei den Soz.: Und Dr. Liebknecht als Reichstagsabgeordneter.) Ich gehe auf den Rattenkönig von Firmen nicht näher ein. Vielleicht war das eine fleißige Zusammenstellung für die Rüstungskommission, der Dr. Liebknecht dann aber auch keine dokumentarischen Beweise unterbreiten muß, von denen er so geheimnisvoll gesprochen hat. (Unruhe bei den Soz.) Er hat bedauert, daß er nicht weiß, in wessen Händen sich die Aktien der Rüstungsgesellschaft befinden. Er weiß es nicht, wir wissen es nicht, es weiß niemand. (Heiterkeit rechts. Unruhe bei den Soz.) Im Fall Goerz hat eine Schädigung des Reiches nicht stattgefunden. Herr Liebknecht hat einen bewährten Beamten des Kriegsministeriums ohne Beweis angegriffen. Die Unantastbarkeit unseres Offizier- und Beamtencorps ist unser Stolz. Einzelne sind wohl gestraucht, aber von einem Panama kann man nicht reden, ein Panama ist dem deutschen Wesen fremd. (Lebh. Beifall rechts.)

Erzberger (3.): Im vorigen Jahre hörten wir vom Abgeordneten Liebknecht eine Fanfare, heute eine Chamade, lediglich ein Rückzugsgesetz war seine ganze Rede. Er sprach von einem Panama bei 1250 Mark Bestechungsgeldern in 5 bis 6 Jahren. (Hört, hört! im Zentrum.) Der „Vorwärts“ hat die Rüstungskommission in der niederrichtigsten und gemeinsten Weise angegriffen, er bezeichnet ihre Mitglieder als Fehler der kapitalistischen Produktion. (Zurufe bei den Soz.) Es ist das die größte Unverschämtheit, die mir je begegnet ist, und wenn Sie durch Zurufe den Vorwurf sich zu eigen machen, geben ich Ihnen den Vorwurf der Unverschämtheit dreifach zurück. (Unruhe bei den Soz.) — Vizepräsident Dore ruft den Redner zur Ordnung.) Den Vorwurf der Liebknechtschen Attake wird die französische Rüstungsindustrie haben, den Nachteil die deutschen Arbeiter, denn 60 bis 80 Prozent der Summen für die Lieferungen ins Ausland sind Arbeiterlöhne. (Beifall im Zentr.)

Schulz (Rp.): Aus der Nichtverurteilung des früheren Landrats Roettger kann man nicht schließen, daß ein Makel auf ihn fällt.

Dr. Liebknecht (SD.): Es wird immer gesagt, es handle sich bei der Krupphege um die Verfehlungen einzelner. Das stimmt natürlich. Wer aber das Symptom, das darin liegt, verkennt, der will es verneinen. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Aber heutzutage Sie nur weiter, wir werden keinen Schaden davon haben. Sie verweisen auch auf das Interesse der deutschen Arbeiter an der Erhaltung der Rüstungsindustrie. Bei diesen Dingen kommt es auf das schließliche Ende an, wenn wirklich einmal die Rüstungsindustrie verschwindet, werden die Arbeiter nicht hungern. (Beifall bei den Soz.)

General Wild v. Hohenborn: Herr Erzberger nannte die erste lange Rede des Abgeordneten Liebknecht zu drei Viertel einen Rückzug. Jetzt hat Dr. Liebknecht das fehlende Viertel nachgeholt. (Heiterkeit.)

Liesching (Rp.): Wir haben gegenüber den Vorwürfen des Abg. Liebknecht ein gutes Gewissen.

Erzberger (3.): Die zweite Rede Liebknechts war ein Rückzug nicht mehr mit Kanonen, sondern mit Knall-

erben. Liebknechts Material gegen die Firma Goerz stammt von einem entlassenen Beamten und ist falsch.

Dr. Liebknecht (SD.): Wir wollen nicht Verfehlungen einzelner enthüllen, sondern soziale Schäden aufdecken, die aus dem Wesen der herrschenden Klassen fließen. Das mein Material gegen die Firma Goerz richtig ist, ergebe die Akten der Goerz-Prozesse, die man ja einfordern kann. Die Behauptung, daß die deutsche Industrie, speziell die Firma Krupp, durch meine Reden geschädigt worden sei, wird illustriert durch die Tatsache, daß dieser arme Höchstbesteuerte in Deutschland im Jahre 1913 einen Ueberfluß von 63 Millionen Mark erzielt hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Es wird auch auf unsere ausländischen Parteigenossen hingewiesen; nun, dort wird die Rüstungsindustrie die internationale Verschönerung einer internationalen Räuberbande genannt. (Sehr gut!) Wenn Herr Erzberger hier meine „Niederlage“ konstruiert, so macht er sich zum Mitschuldigen und Helfer der schamlosen Rüstungskorruption. (Beifall bei den Soz.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr.

Schluß 9 1/2 Uhr.

Verammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 11. Mai.

Der Wortführer Dimpler eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 25 Min. Er macht bekannt, daß in der vorigen Versammlung in geheimer Sitzung beschlossen worden sei, ein Darlehen von 10 000 000 Mk. von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte aufzunehmen. Gegen die Protokollveröffentlichung hat der Senat nichts einzuwenden.

Der zweite Stellvertreter des Wortführers, Heinsohn sen., wird auf Ansuchen seines Amtes enthoben. Eine Neuwahl erfolgt in nächster Sitzung.

Der Senat trägt Bedenken, daß die Bürgerschaft in bezug auf die Eintrittsgelder im Städtischen Kursaal in Trauermünde ein Mitbestimmungsrecht ausübt.

1. Antrag: Beschaffung von Inventar für die Erweiterungsbauten des Allgemeinen Krankenhauses. (57 000 Mk.)

Ulbers bringt eine Beschwerde der Milchhändler und Holländer vor, die bei der Milchlieferung im Krankenhaus umgangen werden. Ihre Milch sei ebensofort der polizeilichen Kontrolle unterworfen wie diejenige der Hansameierei.

Der Senatsantrag wird endgültig angenommen.

2. Antrag: Kostgeldtarif für die Heilanstalt Strecknis.

H. G. v. d. W. teilt mit, daß der Bürgerausschuß fast sämtliche Vorschläge der Kommission beigegeben hat, wogegen der Senat nicht alles gutgeheißen habe. Der Kommission sei aufgefallen, daß die Verpflegungssätze der 3. Klasse um die Hälfte erhöht werden sollten, prozentual bedeutend mehr als die der 1. und 2. Klasse. Hier soll der Betrag von 1,30 Mark auf 2 Mk. festgesetzt werden, während in der 1. Klasse die Mehrkosten nur 1/11 und in der 2. Klasse 1/7 betragen. Wenn in der 2. Klasse die Kosten von 6,50 Mk. auf 6 Mk. erhöht würden, schnitte Lübeck immer noch gut ab, zudem unsere neue Anstalt bedeutende Fortschritte aufweise, und nicht mit den Anstalten von Hamburg, Bremen und Gießen verglichen werden könne. Der letzte Staatszuschuß habe noch 56 000 Mk. betragen. Da müsse man doch sehen, möglichst diese Zuschußkosten zu verringern. Die vom Senat befürwortete Abminderung von der 1. in die 2. Klasse trete sicher nicht ein; man habe sie früher befürchtet, als die Erhöhung 78 Proz. betrug, aber eingetreten sei sie nicht. Redner fragt, ob es wünschenswert wäre, daß die Krankenkasse für Lübeckische Beamte und diejenige des Polizeiamts hier mit erwähnt werden sollen.

Senator Dr. Neumann betont, diese Klassen bedürften einer Aufnahme in den Kostgeldtarif nicht, erstere sei nur eine Zuschußkasse, die letztere schließe die Zrenanstaltspflege aus.

Senator Rabe: Die Belastung, die den Familien durch die Kostgeldsätze auferlegt wird, wird heute schon außerordentlich schwer empfunden und läßt von weiteren Maßnahmen abraten. Eine nur geringe Abminderung würde den Nutzen einer Erhöhung schon wieder illusorisch machen, und die Kranken statt in die zweite in die dritte Klasse drängen.

Die Verpflegungssätze betragen jetzt in der 1. Klasse für Staatsangehörige 6 Mark, Nichtstaatsangehörige 10 Mark. In der 2. Klasse 3,25 resp. 6 Mk., in der 3. Klasse 2 resp. 3,25 Mk.

Schulmerich wünscht eine redaktionelle Änderung, da die jetzige Fassung gegebenenfalls den Familien größere Lasten auferlegt.

Dr. Schlomer: Im Krankenhausstarif fludet man eine derartige Bestimmung, wie sie durch die beanstandeten Worte des Vorredners angeführt wurde, auch nicht.

Dem Antrag Schulmerichs wird stattgegeben. Die Senatsvorlage mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

3. Antrag: Aufnahme der Stelle der zweiten Oberwärterin der Heilanstalt Strecknis in den Beamtenbesoldungssatz.

Senator Rabe tritt für die Festanstellung ein. Die Verhältnisse seien schwieriger geworden als in der alten Anstalt und im jetzigen Zustand liege eine Ungerechtigkeit.

Der Senatsantrag wird endgültig angenommen.

4. Antrag: Revision der Bestimmungen über das Schulgeld.

Schulmerich bezweifelt, daß heute die Revision der Bestimmungen vom 24. März 1909 durchgeführt werden kann. Die Bürgerschaft sollte heute nur über die Schulgeldzahlung und Erhöhung für die auswärtigen Schüler verhandeln unter dem Vorbehalt einer späteren Revision des Schulgeldes.

Hoff: Als im Jahre 1909 die Freischulen aufgehoben wurden, hat diese Maßregel in den Kreisen der Betroffenen großen Unwillen ausgelöst. Es war eine große Härte, die Freischulen in Zahlschulen zu verwandeln, wo gerade das Umgekehrte das Richtige gewesen wäre. Dann ist auch nicht außer acht zu lassen, daß die Schüler der höheren Schulen einen weit größeren Staatszuschuß bedürfen als ein Volksschüler, für den 61 Mark aufgewendet werden, während ein Katharineumschüler 310 Mk., ein Johannesumschüler 128 Mk. Zuschuß erforderte. Mit Recht sagte man sich, wenn die Schüler dieser höheren Lehranstalten pro Kopf einen derartigen Staatszuschuß bedürfen, dann ist es durchaus richtig, den Volksschülern einen annähernd gleichen Zuschuß zu geben. Selbst wenn die Zahlschulen aufgehoben würden, müßte der Staat nur mit 68 Mk. pro Kopf belastet werden. Es liegt kein Grund vor, den Kinderbemittelten neue Lasten aufzubürden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Unterricht und Vermittel für alle Schulen möglichst unentgeltlich gegeben werden. Der Verwaltungsbericht für 1912 berechnet den Zuschuß für einen Katharineumschüler auf 215,87 Mk., den Johannesumschüler auf 236,67 Mk., während er für den Volksschüler nur 76,79 Mk. beträgt. Zählt man zu diesen Kosten noch das Schulgeld im Durchschnitt von 8,95 Mk., so kommt ein Volksschüler immer erst auf 84,14 Mk. zu stehen

Wir sind der Meinung, daß der Staat, bei dem Schulzwang eingeführt, auch verpflichtet ist, den Kindern Schulbesuch unentgeltlich zu geben und gerechterweise die Kosten des Unterrichts aus allgemeinen Mitteln zu bestreiten. Es ist nicht zu vergessen, daß kinderreiche Familien indirekterweise erhebliche Steuerlasten zu tragen haben, als die ohne Kinder oder gar Junggefallen. Die Frage der Unentgeltlichkeit des Unterrichts ist in heutiger Zeit, wo so viel vom Geburtenrückgang gesprochen wird, von erheblichem Interesse. Man kann es wirklich keinem verdenken, wenn er sich in dieser Beziehung Beschränkungen auferlegt, wenn er bei vielen Kindern immer noch besondere Lasten zu tragen hat. Der Staat hat daher ein eminentes Interesse daran, kinderreichen Familien die Lasten zu ermäßigen, will er dieser Enthaltenspolitik steuern. Keinesfalls ist es richtig, daß das Schulgeld so unerheblich sei, daß es die unteren Schichten bezahlen könnten. Der Verwaltungsbericht von 1912 weist 3677 Rückstände im Betrag von 88.915 Mark auf, davon von Volksschulen 15.657 Mark. Diese Zahlen geben doch wirklich zu denken, man kann nicht so ohne weiteres an ihnen vorübergehen. Ich bin ebenfalls der Meinung des Herrn Schulmerich, daß die Revision der Schulgeldfrage mit dieser Vorlage nicht beendet sein kann, sie wird noch eingehend geprüft werden müssen. Ich stelle den Antrag auf kommissarische Prüfung. Falls dieser abgelehnt werden sollte, beantrage ich, den Unterricht in den Volksschulen unentgeltlich zu erteilen. Der Ausfall beträgt nur 88.000 Mk. und wir haben viele Mittel, ihn wieder einzubringen. Vielleicht lassen sich durch Zusammenlegung der Vorlesungen in den höheren Schulen mit den Volksschulen wesentliche Kostenersparnisse herausbekommen. Weiter könnte man den Ausfall des Schulgeldes durch einen geringen Zuschlag zur Einkommensteuer decken, wie es bei der Kirchensteuer der Fall ist, die 174.000 Mark einbringt. Die Erhebung der unteren Schichten ist mindestens so wichtig wie die Kirchensteuer und ich bin der Meinung, daß die geringen Zuschläge zur Einkommensteuer für die Schule lieber bezahlt würden als für die Kirche. Sollten Sie nicht gewillt sein, den Volksschulunterricht unentgeltlich zu erteilen, dann möchte ich Sie doch bitten zu beschließen, wenigstens das Schulgeld erst von 1200 Mark Einkommen an zu erheben. Die Bürgerausschußkommission ist 1909 weiter gegangen als der Senat wollte, der erst bei 1200 Mark das Schulgeld vorschlag. Unbegreiflicherweise stimmte sie dafür, dieses schon bei 900 Mark Einkommen zu erheben. Da durch das neue Einkommensteuergesetz die unteren Kreise der Steuerzahler weiter herangezogen worden sind, ist es durchaus gerechtfertigt, den Leuten auf der anderen Seite eine kleine Ermäßigung zuzulassen zu lassen. Das mindeste, was Sie beschließen dürfen, ist, das Schulgeld erst von 1200 Mk. an zu erheben. Nicht zu vergessen ist auch, daß 1909 betont wurde, aus dem Schulgeld soll nicht mehr herausgeholt werden als 66.000 Mk.; 1912 sind es aber schon über 88.000 Mk. Will man kein Geschäft machen, müssen die unteren Klassen bis 1200 Mk. Einkommen frei bleiben. Das würde 11.000 Mk. Ausfall ergeben. Aber selbst wenn wir diese Summe verlieren, ergibt das Schulgeld immer noch 7000 Mk. mehr als man seinerzeit erhoffte. Meine Anträge müssen von jedem sozialpolitisch Denkenden angenommen werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Senator Kulenkamp glaubt nicht, auf die Einzelheiten des Vorredners näher eingehen zu müssen. Die Kommission von 1909 habe alles geprüft und auch betont, daß es eine Pflicht der Eltern sei, für ihre Kinder zu sorgen. Erwünscht wäre der freie Volksschulunterricht, zurzeit aber nicht erreichbar, als drückend könne man das hier ergebene Volksschulgeld nicht bezeichnen. Bei einem großen Teil der nicht pünktlich Bezahrenden handle es sich nur um Säumige. Den zweiten Antrag Hoff's bittet Redner ebenfalls abzulehnen. In allen Fällen, wo einigermaßen glaubhaft nachgewiesen werde, daß die Eltern nicht in der Lage seien Schulgeld zu zahlen, trete der Erlass ein, der gerade in den untersten Steuerklassen am meisten gewährt werde. Man könne dem Senatsantrag zustimmen, ohne auf spätere Änderungen zu verzichten.

Scharff zählt sich zu den Anhängern des freien Volksschulunterrichts, doch sei heute der Zeitpunkt nicht da, auf diese Sache einzugehen. Redner schlägt vor, bei gestundeten Beträgen den Zuschlag von 2 Pfg. pro Mark nicht zu erheben.

Senator Kulenkamp sieht in diesem Antrag eine Verbesserung. Schulmerich wünscht, seinen Antrag anzunehmen, damit die Bürgerpflicht sich nicht auf lange Zeit des Rechts bezieht, eine Revision des Schulgeldes vorzunehmen. Die Anträge Hoff's seien doch nicht so ohne weiteres abzumachen. Der Standpunkt, das Schulgeld an den Volksschulen aufzuheben wenn die Finanzen es gestatten, sei nicht richtig. Die Volksschule würde eine reine Armenschule werden, wenn man das Schulgeld aufheben würde. Sie sei es heute neben der Mittelschule schon beinahe. Wer es sich heute einigermaßen leisten könnte, schicke die Kinder in die Mittelschule. Eine organische Verbindung dieser Schule sei zu erstreben, damit auch ärmeren begabten Kindern die Vorteile des Mittelschulunterrichts gegeben würden. Durch eine Aufhebung der höheren Vorlesungen würden Ersparnisse nicht erzielt. Schulgeld und Lernmittelfreiheit würden für die Arbeiterkinder noch lange nicht die erhofften weitgehenden Vorteile ergeben, wenn die Eltern nicht in der Lage seien, die Kinder über das schulpflichtige Alter hinaus durch die höheren Schulen zu bringen.

Lang er sucht, eine zweckmäßigere Einteilung zur Erhebung des Schulgeldes. Es dürfe nicht so eng mit dem Miet- und Steuerzahlen verknüpft werden.

Hoff: Herr Senator Kulenkamp glaubt, das Schulgeld werde nicht als drückend empfunden, weil es nur für ein Kind erhoben wird. In kinderreichen Familien gehen aber nicht alle gleichzeitig zur Schule, sie lösen einander sozusagen ab und so kommt es vor, daß die Eltern 20 Jahre lang nicht vom Schulgeld befreit werden. Wenn das nicht drückend ist, dann hat sich Herr Senator Kulenkamp in den mündelvermittelten Kreisen nicht umgesehen. Die drückenden Lasten lassen sich auch aus den Schulgeldrückständen der Volksschulen erkennen. Vielfach muß es zwangsweise eingetrieben werden, manchmal ist es auch durch diese Revision nicht zu erlangen. Ein Einkommen von 1200 Mk. ist heute nicht zum Leben aus; sind dann noch Steuern zu zahlen, wissen die Leute nicht, woher sie das Geld nehmen sollen und werden geradezu gezwungen, es den Kindern am Leibe abzudarben. Es ist also durchaus nicht zutreffend, wenn gesagt wird, die Schulsteuer wirke nicht drückend. Sie ist noch drückender geworden durch die Einkommensteuer; sie übersteigt diese zum Teil in den unteren Grenzen. Herr Senator Kulenkamp wendet sich gegen die Heraushebung der Grenze auf 1200 Mk. Den Ausfall müßte man doch ertragen können, wenn man auf andere Weise das Geld zum Fenster hinaus wirft. Der Bürgerausschuß bewilligte erst wieder 5000 Mk. für Vereine, damit sich hier durchzuführen können; der Marineverein erhält zu diesem Zweck 2000 Mk. und zum Hansatenappell wurde dieselbe Summe bewilligt. Unter diesen Umständen kann man auch ein paar tausend Mark den Armen erlassen, die 16.000 Mk. sind zu verschmerzen. Zur Verabschiedung der Senatsvorlage könnte man sich verstehen, wenn damit die Revision nicht zu Ende wäre. Aber so leicht ist es später nicht, die Sache wieder anzufassen und es veranlassen zu lassen.

Als der Senat darauf eingeht. Herr Schulmerich's Ausführungen in Ehren; wir glauben gern, daß er das Beste für die Arbeiter will, doch davon kann nicht die Rede sein, daß die Unentgeltlichkeit der Volksschule als Armenunterstützung angesehen werden könnte. Wir haben doch eben vom Senatsrat gehört, daß viele Städte die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts eingeführt haben. Glauben Sie denn, daß jene Leute darin eine Armenunterstützung sehen? Eine Kommission, der Dr. Benda 1885 angehörte, hat gesagt, der Staat habe die Pflicht ein gewisses Maß von Bildung seinen Angehörigen unentgeltlich zu übermitteln. Ein durchaus richtiger Standpunkt. Bedauerlicherweise wird bei jeder Revision immer mehr die finanzielle Frage in den Vordergrund gerückt. Die Ausbildung des Nachwuchses darf nicht hiervon abhängen. Der Staat, der die best ausgebildeten Bürger hat, wird auf wirtschaftlichem Gebiete am erfolgreichsten sein. Herr Schulmerich glaubt ferner, durch das Zusammenlegen der Volksschulen würde ein Ausfall entstehen. Er vergißt ganz, daß die 300 Schüler pro Kopf 215-265 Mark Zuschuß erfordern. (Widerpruch!) Das ist aus dem Verwaltungsbericht von 1912 zu ersehen. Alle Fragen müssen von einer Kommission geprüft werden, denn schließlich ist es richtiger, daß das Schulgeld ganz aufgehoben als daß es pünktlicher gezahlt wird. (Beifall bei den Soz.)

Dr. Benda schlägt vor, die Bürgerpflicht solle die vorliegenden Senatsanträge annehmen und durch Resolution beschließen, im Anschluß an die den Bürgerausschuß beschaffenden Anträge der Oberschulbehörde über das Schulgeld auf die Revision des Schulgeldes zurückzukommen.

Vote weist auf die große Arbeit der Bürgerausschußkommission hin, die eine baldige Erledigung nicht finden könne. Man sollte die heutigen Anträge annehmen, dadurch sei die allgemeine Revision noch nicht erledigt.

Aber die zweckmäßigste Art, der Bürgerpflicht ein Revisionsrecht zu sichern, wird eine Debatte geführt, an der sich Dr. Ziehl, Dr. Benda, H. Übers beteiligen.

Dr. Benda zieht seine Resolution zurück. Hoff: Wir würden dem zustimmen, wenn eine Gewißheit vorläge, wann diese Revision vor sich gehen soll. Sonst können wir sehr lange warten bis der Senat mit einem Antrag kommt. Am besten ist es, den Punkt 3 an eine Kommission zu verweisen, um die Sache gleich weiter zu fördern.

Dr. Gersch erwidert, einen Antrag von Dr. Ziehl anzunehmen, nachdem ein besonderer Absatz im Gesetz angehängt wird, der die Revision später fordert.

Schulmerich behauptet wiederholt, daß bei Aufhebung des Volksschulgeldes die Volksschule den Charakter einer Armenschule erhalte. Die Kosten der Vorlesungen an höheren Lehranstalten würden durch das Schulgeld gedeckt. Würden diese Vorlesungen aufgehoben, müßten auch die Kosten für die oberen Klassen wachsen.

Der Antrag Hoff wird abgelehnt, der abgeänderte Antrag von Scharff angenommen.

Hoff bittet, den Antrag 2 Pfg. Strafgehalt pro Mark abzulehnen. Den Eltern werde es so schon schwer, an bestimmten Terminen das Schulgeld zu zahlen. Es treffe gerade die schlichtestgestellten Kreise, die man nicht noch besonders bestrafen dürfe. Wird der Antrag angenommen, dann muß die Oberschulbehörde auch die Bekanntmachungen in allen hiesigen Zeitungen erlassen. Wenn man die Leute bestrafen will, so müssen sie doch erst erinnert werden, und das darf doch nicht nur im Amtsblatt geschehen.

Der Antrag von Scharff wird angenommen, ein solcher von Dr. Ziehl ebenfalls, der Eventualantrag von Hoff, Einkommen unter 1200 Mark vom Schulgeld zu befreien wird abgelehnt. Die Senatsvorlage wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

5. Antrag: Gewährung einer Altersunterstützung an den Bureaugehilfen Eduard Tesmann. Debattelos angenommen.

6. Antrag: Hebung der Stellung des Werftbeamten und des Polizei-Ingenieurs, Erriichtung der Stelle eines Gewerbeaufsichtsbeamten sowie Gewährung einer persönlichen Zulage an Betriebsinspektor Lorenz. Thiel erklärt, es sei schwer gewesen, einen Termin zu bestimmen. Wenn es möglich sei, beantrage er ihn auf den 1. Juli 1914 festzusetzen.

Lowitz: Wir werden dem Kommissionsvorschlag zustimmen. Ich will aber diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen ohne zu betonen, daß das hier vorgeschlagene nach Ansicht meiner Fraktion das mindeste ist, was wir im Interesse der Arbeiterklasse als notwendig erachten. Nach dem Wachstum der Arbeiterklasse Lübeck's, das auch aus dem Bericht des Gewerbeaufsichtsbeamten hervorgeht, ist es notwendig einen Beamten anzustellen, der dieses Amt ausschließlich ausübt. Die Tatsachen ergeben jedoch, daß wir mit einem derartigen Antrag in der Bürgerpflicht jetzt nicht durchdringen. Die Vorlage bedeutet einen Schritt vorwärts, weshalb wir ihr zustimmen. Wir glauben auch, daß es nicht mehr lange dauert bis der Senat mit einem entsprechenden Antrag kommen wird, der den Gewerbeaufsichtsbeamten nur für die Gewerbeaufsicht fordert. Ich bitte Sie, dem Kommissionsantrag zuzustimmen.

Der Antrag Thiel und der Kommissionsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

7. Antrag: Dritter Nachtrag zu dem Gesetz vom 18. März 1899, betreffend die Herstellung und Unterhaltung von Radfahrwegen.

H. Reimpell: Die Kommission hatte 1899 ausgesprochen, daß die Verwaltung aus staatlichen Mitteln geschehen soll; sie lehnte einen Antrag Jenne, 5 Proz. der Bruttoeinnahme abzugeben, ab. Der Bruttoertrag für 1914 wird 32.000 Mk. ergeben, wovon das Polizeiamt und die Baudeputation 11.000 Mk. haben wollten. Die Ausgaben des Polizeiamts seien so hoch geworden, weil ein Kriminalbeamter zur Aussicht angestellt worden sei. Es frage sich nun, ob es gerechtfertigt sei, diese 10 Proz. abzugeben. Redner ist der Ansicht, daß der Staat für die Kosten aufzukommen habe. 10 Proz. seien jedenfalls zu hoch. Statt 10 Prozent beantragt Redner 5 Proz. zu setzen, um zu einer Einigung zu gelangen.

Senator Dr. Neumann betont, daß durch die 10 Prozent die Hebungskosten nicht voll gedeckt würden. An persönlichen und sachlichen Kosten seien 1912 5400 Mk. erwachsen. Außer den Ausgaben für Nummernschildern sind dem Polizeiamt 3200 Mk. für Hebungskosten entfallen. Wenn die Vergütung jetzt auf die Hälfte herabgesetzt werde, dann wird das Verhältnis noch ungünstiger. Senat und Bürgerpflicht hätte sich doch auf dem Standpunkt gestellt, daß die Radfahrwege von den Interessenten unterhalten werden müssen. Sollten diese die Verwaltungskosten nicht tragen, würde man ihnen ein Geschenk machen. Vom Ertrage einer Steuer könne man nur reden, wenn die Unkosten abgezogen sind.

Müller betont, daß der Staat die Straßen für Auto und Fuhrwerke unterhalte, da könne er auch für die Radfahrwege aufkommen. Er könne nicht einsehen, weshalb die Radfahrer eine besondere Vergütung zahlen müßten, die viel zu hoch sei. Die 10prozentige Abgabe an die Polizei

müsse man unter allen Umständen ablehnen. Weiter er sucht Redner den Vertreter des Bauamts, sich einmal den Radfahrweg an der Moltkebrücke anzusehen, der dringend einer Verbesserung bedürfte.

Senator Dr. Neumann betont, daß man auswärts solche ausgezeichneten Radfahrwege wie in Lübeck nicht kennt. Diese Vorzüge sollten die Radfahrer nicht vergessen. Die Verwaltungsarbeit sei ganz gewaltig; mitunter würden Beamte damit beschäftigt.

Ziele: Die Radfahrer bezahlen ihre Wege selbst, deshalb kann man doch nicht von einem Vorzug reden. Wunden muß man sich, daß durch das schnelle Fahren der Automobile nicht mehr Unglücke geschehen. Eine Änderung täte hier sehr not.

H. Reimpell hebt den Unterschied der Unkosten in der Kirchen- und Radfahrsteuererhebung hervor. Im ersten Fall betragen sie bei mindestens nicht geringerer Arbeit nur 3 1/2 Proz. Sollte der Senatsantrag angenommen werden, beantragt Redner, die Radfahrabgabe ganz aufzuheben.

Dr. Wittern ist der Ansicht, daß der Staat die Verwaltungskosten tragen muß. Wenn auch dem Polizeiamt ein Teil bewilligt werde, müsse man noch nicht, was die Baudeputation für ihre Generalunkosten verlange. Sie könnte ja schließlich unbeschränkte Forderungen haben.

Senator G. Übers erklärt, daß die Unkosten des Bauamts für die Radfahrwege im Budget ersichtlich seien.

Dr. Wittern: Daraus ist zu ersehen, daß sich das Bauamt nach demselben Prinzip richtet wie das Polizeiamt. Ich beantrage deshalb Kommissionsberatung.

Schumann hält die Hebungskosten für berechtigt. Wenn die Radfahrer ihre Wege bezahlen sollen, dann gehören auch die persönlichen Leistungen dazu, deren Kosten aus den Abgaben genommen werden müssen.

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird abgelehnt, ebenso der Antrag Reimpell, die Hebungskosten auf höchstens 5% zu bemessen. Angenommen mit 37 gegen 34 Stimmen wird der Senatsantrag, 10% dem Polizeiamt zu überweisen. Der Antrag von Reimpell, die Radfahrabgabe ganz aufzuheben, wird abgelehnt.

8. Antrag: Abänderung des Bebauungsplanes für die Vorstadt St. Lorenz-Süd.

Aug. Wape bringt besondere Wünsche zugunsten der Industrie vor. Er er sucht, einen Antrag anzunehmen, der fordert, das Gelände von der Weisinger Allee bis zur verlängerten Dornestraße nach dem Vorschlag des Baudirektors Balzer anzuführen.

Böbs bezweifelt nach dem Gesetz die Zulässigkeit der vorgesehenen Bebauung.

Vom Senat ist es werden die Bedenken zerstreut. Eine Änderung des Gesetzes stehe doch in Aussicht.

Dr. Gersch und Böbs wenden sich gegen das vom Senat Vorgetragene. Böbs weist weiter auf die Schwierigkeiten hin, die bei Erlangung von Bauverträgen entstehen und fordert eine Abstumpfung der Erben, die den Bestimmungen des Gesetzes entsprechen.

Der Antrag von Aug. Wape wird abgelehnt, derjenige von Böbs betr. Annahme der Senatsvorlage mit der Maßgabe, daß die Straßenecken gesetzmäßig abgestumpft werden, wird angenommen.

9. Antrag: Errichtung eines Staatsarchivs. Schöb beschäftigt sich mit dem Bericht der Baudeputation, deren Sprache gegen die Kommissionsmitglieder derartig anmaßend sei, wie man sie bisher noch nicht gewohnt war. Namens der Kommission er sucht Redner den Vorsitzenden der Baudeputation, seine Beamten anzuweisen, sich in Zukunft eines anderen Tones zu bedienen. Um einen Bau mit vier glatten Wänden auszuführen, brauche auch die Kommission und ihr Architekt keine besonderen Reisen und Studien zu machen. Was der Kommission als Vernachlässigung vorgeworfen werde, läge gerade das Bauamt. Redner geht im einzelnen die vom Bauamt gegen den Kommissionsbericht gemachten Einwände durch und hebt u. a. hervor, daß man gerade den Museumsdiebstahl nicht in Vergleich stellen sollte, denn dort seien die Diebe nicht eingebrochen, sondern frei hineingegangen. Was aber die Vergütungen am Wollmagazin betreffe, so seien die stärker als selbst im Zuchthaus. Übrigens gebe es in einem Archiv für einen Dieb keine besonders materiellen Schätze zu stehlen, und mit Alken könne er nicht viel anfangen. Beim alten Archiv habe man ganze Berge des Amtsblattes aufgestaut, um der Kommission die kolossale Überbürdung des Hauses zu beweisen. Notwendig sei es gerade nicht, daß das Amtsblatt zwörderit aufbewahrt werde, daß habe auch auf dem Dachboden Platz. Die Kaufleute hätten auch nicht alles so bequem zur Hand und müßten sich mit viel höheren Regalen begnügen. Die Kommission hielt den Wunsch des Archivrats Dr. Kreschmar für einen Luxus, daß jedes Stadtbuch doppelten Platz frei an Tischen aufgelegt beanspruchen müsse. Das Umbauprojekt biete genau so viel Regalfläche wie der Neubau, und genüge für die nächsten 50 Jahre. Ob es für eine solche einfache Sache nötig gewesen sei, ein auswärtiges Gutachten einzuziehen, sei dem doch zu bezweifeln. Geosimrat Fürstenaube halte die hohen Lärme des Domes für gefährlich, die einmal in Brand geraten und auf das Wollmagazin stürzen könnten. Das Wollmagazin stehe schon Hunderte von Jahren, ohne daß eine derartige Befürchtung sich als gerechtfertigt erwiesen habe. Die Befestigung könnte durch Dezimierung und durch Kappen der Bäume verbessert werden. Feuchtigkeit sei nur an der Ostseite vorhanden, die sehr leicht zu beheben sei, wenn Rinnen und Ziele angebracht würden. Geheimrat Fürstenaube habe allerdings dem Neubau das Wort geredet, was jedoch nicht weiter wundernehme, denn der Herr sei gewohnt, sich im großen zu betätigen. Hier aber könnten wir wirklich 100.000 Mk. sparen und sollten es endlich einmal tun. Redner beantragt, den früheren Beschluß, das Archiv unterhalb der Johannisstraße zu errichten, aufzuheben und der Kommission Mehrheit zuzustimmen, die das Staatsarchiv im Zeughaus unterbringen will.

Dr. Hartwig wendet sich gegen die Anschauung des Vorredners und warnt davor, das Wollmagazin zum Archiv auszubauen, weil ein Erweiterungsbau sehr schwer angebracht werden könne. Die Wollräume seien beschränkt und die Feuergefahr nicht voll verbürgt. Wäre die Puppenbrücke nicht zusammengebrochen, hätten wir das neue Archiv längst. Die jetzigen Ersparungen würden uns später teuer zu stehen kommen.

Senator Kulenkamp kann die Bemerkung des Herrn Schöb, der Bericht der Baudeputation sei anmaßend, nicht für zutreffend anerkennen. Herr Schöb habe auch keine stichhaltigen Gründe angeführt. Die Vorwürfe gegen die Beamten müßte er zurückweisen.

Baudirektor Balzer sieht in der Brust des Herrn Schöb zwei Seelen; die Seele des Bauherrn sei mit denjenigen des Architekten durchgegangen. Redner sucht diesen Zweifelspal im einzelnen zu beweisen, führt den Bericht des Geheimrats Fürstenaube an, der sich gegen das Wollmagazin ausdrückt, und betont vor allem die große Feuchtigkeit des alten Gebäudes. Das Erdreich unter der Mauer sei ebenfalls feucht. Im Winter komme den ganzen Tag kein Sonnenstrahl in das Gebäude. Die Befestigung könne nicht so gut eingerichtet werden, wie es unbedingt notwendig sei. Sicherung der Läden, Heizung, künstliche Beleuchtung, Fensterveränderungen, Befestigung der Reale und vieles andere.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streit der Londoner Tapezierer. Nach Mitteilung aus London sind die Verhandlungen mit den Unternehmern gescheitert. Die Tapezierergehilfen sind daher unabhängig. Bisher haben ca. 40 Firmen mit ca. 250 Gehilfen die Forderungen bewilligt. Bei einem größeren Teil der Firmen stehen die Arbeiter noch im Streit. Vor allem weigern sich die Inhaber der größeren Betriebe die Forderungen anzuerkennen, allen voran die weltbekannten Firmen Maple und Warrings u. Willow. Sollten die Unternehmer den Versuch unternehmen, aus Deutschland Streikbrecher heranzuziehen, so seien die deutschen Tapezierer einbringlich vor jedem Zug nach London gewarnt.

Aus Nah und Fern.

Die Frau des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg ist Sonntag im Alter von 60 Jahren an einer Frauenkrankheit gestorben.

Um die Freiheit. In der Wohnung des Bäckers Wallofsch in Berlin wurde der Arbeiter Beumer als Teilnehmer an einem Einbruch in ein Stiefelgeschäft ermittelt und festgenommen. Wallofsch selbst und ein unbekannter Mann, die neben dem Zimmer sich im Abort versteckt hatten, sprangen, als die Beamten sich an die Durchsuchung der Wohnung machten, aus dem Klosettfenster vier Stockwerke hoch auf den Hof hinab, wo sie besinnungslos liegen blieben. Die Einbrecher wurden nach der Charité gebracht, wo sie gestorben sind.

Brand auf einem Motorboot. Mitten auf dem Müggelsee geriet Sonntag der Benzinbehälter eines Privatmotorbootes in Brand. Das Feuer griff in kurzer Zeit auf das Bootsdeck über, wodurch die sechs Insassen in Lebensgefahr gerieten. Auf die Hilfe kam ein Passagierdampfer herbei, der in Gemeinschaft mit zwei in der Nähe vorüberfahrenden Ruberbooten die Insassen retten konnte. Das Boot wurde völlig vernichtet.

Er geht! Der Staatsanwaltschaftsrat Dr. jur. Friedrich Glaßel aus Breslau, der, wie gemeldet, bei der in Schwierigkeiten geratenen Breslauer Innungsbank einen Kredit in der unverhältnismäßigen Höhe von 190000 Mark in Anspruch genommen hatte, hat nunmehr sein Abschiedsgesuch eingereicht. Ein recht ruhmvolles Ende für einen so verdienstvollen Beamten, der sein bestes Können an die Bekämpfung der Sozialdemokratie gesetzt hat.

Unter dem Verdacht des Gistmordes an seiner am 16. April verstorbenen Ehefrau wurde in Rathenow der Goldarbeiter Becker verhaftet. Er hatte sich Chloroform in seiner Wohnung, das er sich von einem früheren Hausdiener einer Apotheke, namens Kadwan, verschafft hatte. Kadwan hatte kurz nach dem Tode der Frau Becker Selbstmord verübt. Die Ausgrabung der Leiche ist angeordnet worden.

Familien drama. Der Drogist Kraßman in Magdeburg hat im Einverständnis mit seiner Frau beide Kinder im Alter von 8 und 10 Jahren durch Leuchtgas und darauf sich und seine Frau mit Cyanalkali vergiftet. Geschäftliche Schwierigkeiten sollen ihn dazu getrieben haben.

Liebesdrama. Sonntag vormittag drang der 25jährige Schneider Glesz in Frankfurt a. M. in die Wohnung der Familie Sch., 103 auf die Tochter, mit der er ein Liebesverhältnis unterhielt, traf sie aber nicht, vermundete die herbeieilende Mutter durch einen Schuß in den Hals bedenklich und jagte sich eine Kugel in die Schläfe, sodaß er bewußtlos zusammenbrach. Sein Zustand ist hoffnungslos.

Erst von Schuch, der Generalmusikdirektor der Dresdener Oper, ist am Sonntag im Alter von 67 Jahren gestorben.

Die Pocken sind in Greven (Westfalen) ausgebrochen. Sieben Personen, darunter ein Arzt, sind erkrankt; eine Person ist bereits gestorben.

Eine weitere Köpenickade. Die Düsseldorf Polizei verhaftete den Kaufmann Bernhard Eisenhut aus Nürnberg. Eisenhut hatte sich auf Grund gefälschter Papiere und Zeugnisse unter mißbräuchlicher Benutzung des Amtsregels des Magistrats von Kiffingen die Stelle als kaufmännischer Leiter des Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerkes in Oberhausen verschafft. Nachdem er etwa 1/2 Jahr die Stelle innegehabt hatte, kam die Polizei hinter seine Manipulationen. Eisenhut flüchtete und wandte sich nach Düsseldorf, wo er, als er postlagernde Sendungen auf dem Hauptpostamt in Empfang nehmen wollte, verhaftet werden konnte.

Wettersturz. In den höher gelegenen Teilen des Schwarzwaldes ist ein empfindlicher Wettersturz eingetreten. Bis auf 1300 Meter hinab liegt Neuschnee, der sich auf den Bergkuppen und Höhen behauptet. Die Temperatur ist auf den Nullpunkt gesunken. Auch in der Schweiz ist nach achtstündigem Regenfall vom Sonnabend auf Sonntag ein heftiger Temperatursturz eingetreten. Nord- und südwärts des Gotthards herrschen Schneefälle bis in die Talhöhlen hinab. Im Val d'Herzema (Lejün) ist Neuschnee von 60 Zentimeter Höhe gefallen, in der Rhoneebene ebenfalls. Die Landschaft in Wallis erlitt ungeheuren Schaden. Man befürchtet, die Obsternie sei völlig vernichtet. Die Kastanienbäume auf der Bahnhofsstraße in Sitten wurden derart verwüftet, daß die Feuerwehr alarmiert werden mußte, um die zerbrochenen Äste aufzuräumen und den Verkehr wiederherzustellen. Da die Reben noch nicht sehr vorgeerntet sind, hofft man, daß sie nicht so großen Schaden erlitten haben.

Bergwerksunglück. Am Sonnabend 10 1/2 Uhr verunglückte auf dem Böhlgang der Braunkohlengrube „Glückauf“ in Lichtenau bei Lauban durch niedergehende Erdmassen und Schwemmmand vier Bergleute tödlich. Drei waren verheiratet und hinterlassen außer den Frauen zusammen 19 Kinder.

Opfer der Wettfahrerei. Auf dem neueröffneten Sportplatz in Mailand führte bei einem Motorradwettbewerb der Rennfahrer Vellorini so unglücklich, daß er tot liegen blieb.

Explosion. In Riga zerstörte eine Explosion ein Nebengebäude in der Umgegend der Hauptstraße. In der Nähe wurde die Leiche eines Unbekannten mit einem falschen Bart gefunden.

Vom Sturm überrascht. Der kleine deutsche Schoner „Hirika“, mit Kohlen von Fifehire nach Bremerhaven bestimmt, wurde auf der Höhe von Aberdeen vom Sturm überrascht und sank. Aus Glimsbay eilte ein Schlepper zur Rettung herbei. Als ein Matrose des Schoners versuchte, an Bord des Schleppers zu steigen, fiel er ins Wasser und ertrank.

Autounfall. Auf der Chaussee Forst-Mustau hinter Lichernitz rannte Sonntag das mit sechs Personen besetzte Automobil des Kaufmanns Arno Dehler aus Forst, Mitinhaber der Wollfirma Dehler u. Co. gegen einen Baum und überschlug sich. Sämtliche Insassen wurden auf die Chaussee geschleudert. Frau Dehler und eine Tochter wurden schwer verletzt, die anderen Insassen haben leichtere Verletzungen davongetragen.

Erfordere weit mehr Kosten als angenommen werde, mindestens müßte man 20000 Mk. mehr einlegen, ein späterer Erweiterungsbau würde so kostspielig werden, daß es vorzuziehen sei, jetzt gleich tiefer in den Ventel zu greifen.

Archivrat Dr. Rehschmar verwahrt sich dagegen, den Kommissionsmitgliedern durch besondere Vergütung von Altona Sand in die Augen gestreut zu haben und beleuchtet das Projekt vom architektonischen Standpunkt aus. Vor allem stehe dem Archiv die Feuchtigkeitsentgegen, vor deren Beseitigung an einen Einzug nicht zu denken sei. Wo die Feuchtigkeit in den Altona sei, könne man sie nicht mehr herausbekommen, sie zerstöre die Altona. Würden die großen Urkunden weiter so aufbewahrt und in Kästen zusammengepreßt, gingen sie dem sicheren Verderben entgegen. Man dürfe nicht vergessen, daß die Archivräume zugleich auch die Arbeitsräume der Beamten bildeten. Redner ist überzeugt, daß auch die erforderliche Quadratmeterzahl im Wollmagazin nicht geschaffen werden kann und daß es nicht anders geht als durch einen vollkommenen Neubau.

S. Schack unterstützt die Ausführungen von Schöb und berührt besonders die Expansionsfrage, wobei er sich auf Senator Dr. Fehling bei der Budgetberatung beruft, der betont habe, nur das Allernotwendigste zu bewilligen. Für Ausgaben, die produktiv seien, dürfe man nicht knausern, aber hier handle es sich um etwas ganz anderes, und da lohne es sich schon, bei einer Ausgabe von einer Viertel Million genau zu prüfen. Die Feuchtigkeits- und Feuergefährdung sei viel zu schwarz gemalt worden. Man sollte das Wollmagazin verwenden, dadurch erhalte man zugleich ein altes wertvolles Gebäude.

Senator Kulerkamp legt dagegen Vermahrung ein, daß die Worte des Senators Dr. Fehling über Sparsamkeit so anzulegen seien, wie es der Vorredner getan habe. Die Schätze des Archivs seien viel zu kostbar, als daß er seine Rede in diesem Sinne ausgelegt wissen wolle.

Senator H. Coers tritt für die Senatsvorlage ein. Die Absicht, ein altes Gebäude für einen guten Zweck zu benutzen, sei sehr löblich, aber hier unausführbar. Die Gefahren brennender Kirchen für die umliegenden Gebäude dürfe man ebensowenig unterschätzen wie diejenigen der Feuchtigkeitsentgegen für das Archiv.

Dr. Eschenburg legt der Bürgerschaft die Bedeutung des Archivs ans Herz und verteidigt damit die Senatsvorlage. Der wichtigste Punkt gegen das Zeughaus sei seine Feuchtigkeits- und mangelnde Belüftung. Geeignet sei dieses Haus höchstens für die Schwimmhalle. (Weiterkeit!)

Dr. Benda hebt hervor, daß die Kommission über die Spezialpläne kein Wort verloren habe. Sie habe diese Vorlage gar nicht geprüft, sondern einfach ein Projekt ausgearbeitet, das 100000 Mk. ersparen solle. Rat- und Bürgergeschäfte gebe man nur auf, wenn ganz schwerwiegende Gründe dagegen sprächen. Diese seien nicht vorgebracht worden. Das Archiv bilde eines der größten Schätze Lübecks und ihm gebühre auch ein würdiger Raum. Die finanzielle Frage dürfe gar nicht mitgesprochen. Die gegenwärtige Generation könne es der künftigen gegenüber nicht verantworten, das Archiv in das Wollmagazin zu verlegen.

Schöb hebt hervor, daß die Berechnung des Archivrats Dr. Rehschmar seinen Quadratmeter übrig gelassen hätte, wenn die Rede noch eine halbe Stunde länger gedauert haben würde.

Wöbs fählt den scharfen Ton im Bericht des Bauamts doch heraus. Ob es sich um ein altes oder neues Archiv handelt, bei einem Brande würden doch nur die Papierrollen brennen. Die Balkenlagen und Decken seien im Wollmagazin viel feuerfester, als in einem neuen Gebäude. Es hieß, im alten Archivgebäude würden Hunderte beständig wachen; als wir uns die Sache näher ansahen, sahen wir nur zwei Ragen. (Weiterkeit!) Die künftige Erweiterung des Wollmagazins ist lange nicht so schwierig, wie man annimmt.

Archivrat Dr. Rehschmar: Das Gebäude würde nur für den Augenblick reichen, für die Zukunft hätten wir keinen Raum übrig. Von 50 Jahren sei gar nicht zu reden.

Prof. Dr. Reuter glaubt, daß jedes Blatt im Archiv eines Tages produktive Bedeutung erlangen könne, wie sich schon einmal beim Prozeß über das Trauerverzei gezeigt habe. Das Wollmagazin könne man auch zu anderen Zwecken verwenden. Für die Feuergefährlichkeit sollte man alles tun; getade Hamburg empfinde es schmerzlich, daß es durch eine Feuerbrunst einen großen Teil seines Archivs verloren habe.

Dr. Ziehl fragt nach der Konsequenz, wenn das Archiv nach der unteren Johannisstraße verlegt werden solle. Ob dann auch noch die Oberrealschule dort hinkomme. Man sollte doch wissen, wie der Senat darüber denkt.

Senator Kulerkamp: Wenn heute die Bürgerschaft beschließt, daß das Archiv an eine andere Stelle kommen soll, dann ist noch die Frage, ob der Senat dem Beschluß beitrifft. Aber dann liegt immer noch der Beschluß vor, die Realschule dort zu errichten.

Dr. Börs stellt die finanziellen Bedenken zurück, wenn die behaupteten Feuchtigkeitszustände auf Tatsachen beruhen. Um ein richtiges Urteil zu bilden, müßte man bei einer so wichtigen Vorlage eine nochmalige Prüfung vornehmen. Die Feuergefährlichkeitsfrage sei beiderseitig übertrieben worden. Und selbst wenn nur 60000 Mk. erspart würden, so seien diese doch nicht zu verachten. Wir hätten in der letzten Zeit viel zu luxuriöse Bauten errichtet.

Handirektor Balger: Mit den Mitteln der Kommission ist die Feuchtigkeitsentgegen nicht ohne weiteres zu beseitigen (Zuruf: Aha!), ob dies überhaupt möglich der Fall sein wird, ist fraglich. Die feuchte Lage ist jedenfalls nicht wegzubekommen.

Schöb behauptet, daß die Feuchtigkeitsentgegen wegzubekommen ist und führt die Gründe an, die diese große Feuchtigkeitsentgegen verursacht haben.

G. Reimpell tritt für den Neubau ein, da ja doch nur wenig erspart werde.

Burgwald: Selbst wenn das Wollmagazin im Umbau so teuer wird wie ein neues Gebäude, so ist die Verwendung zum Archiv trotzdem zu empfehlen.

Dr. Ziehl erklärt, durch die Senatsantwort nicht klüger geworden zu sein. Der Beschluß von Rat- und Bürgerschaft über Archiv und Oberrealschule sei ein einheitliches, er werde durchbrochen durch die Annahme dieser Vorlage. Deshalb könne er für den Antrag heute nicht stimmen.

Vom Senatlich wird die Ansicht des Vorredners nicht als richtig angesehen. Man habe auch früher schon Rat- und Bürgergeschäfte aufgehoben.

S. Schack: Wenn das Archiv allein errichtet wird, erhält der Platz so wie ein anderes Bild.

G. Reimpell: Dieser Platz wird verunzigt dadurch, daß das fünfstöckige Krähengebäude noch 6 Meter höher wird, als der Turm des Johannis.

Handirektor Balger führt demgegenüber an, daß man dann unter solcherlei Rücksichten in Lübeck überhaupt keinen Raum mehr bauen dürfe.

Die Senatsvorlage wird hierauf abgelehnt, der Kommissionsantrag angenommen. Da ihm die Zweidrittelmehrheit fehlte, kommt er zur zweiten Lesung. Die Sitzung wird auf Montag, den 14. Mai vertagt. Schluß 12 Uhr 5 Minuten.

Der Papst geschäftsunfähig. Der römische Korrespondent der „Augsburger Abendzeitung“ will aus bestinformierten vatikanischen Kreisen erfahren haben, daß der Gesundheitszustand des Papstes derart hinfällig ist, daß er sich um keinerlei Geschäftshandlungen der Kurie mehr zu kümmern in der Lage sei.

Liebesdrama in Kopenhagen. Der zwanzigjährige Seemann Eggelin, der soeben von Amerika zurückgekehrt war, besuchte abends seine Braut, das siebzehnjährige Mädchen Klara Zahn, die mit ihrer Freundin zusammenwohnte. Beide Mädchen arbeiteten in einer Schuhzeugfabrik. Der Seemann warf seiner Braut vor, daß sie ihm untreu gewesen sei und feuerte drei Revolverkugeln auf das Mädchen ab, das tot zu Boden stürzte. Darauf erschloß er sich selbst.

5 Personen ertrunken. Sonntag kletterte nach einer Meldung aus Kopenhagen im Kleinen Belt bei hohem Seegang ein mit 5 Personen besetztes Ruderboot. Die fünf Ruderer, darunter ein Deutscher, namens Müller, der in der Ruderfabrik in Middelhart angestellt war, sind ertrunken.

Eisenbahnunglück in Frankreich. Aus Paris wird gemeldet: Der Expreszug Nancy-Paris stieß am Sonntag durch ein Versehen bei der Station Evreux mit einem auf dem gleichen Gleis stehenden Güterzug zusammen. Der Maschinenführer des Expreszuges gab im letzten Augenblick Gegendampf, konnte aber trotzdem nicht verhindern, daß der erste Wagon des Personenzuges zertrümmert wurde. Der Maschinenführer liegt im Sterben. Sieben Passagiere wurden schwer verletzt.

Hochwasser in Sibirien. Aus Sibirien liegen Hochwassermeldungen vor. Aus Tomsk wird gemeldet, daß der Turaschuß um 22 Fuß gestiegen ist. Giltig werden Wehre errichtet. Die Bahnlinie Tiumen-Omsk ist durch die Überschwemmung gefährdet. Brücken und Telegraphenlinien sind beschädigt worden.

Kollision zwischen zwei Straßenbahnwagen. Sonntag vormittag stießen an der Blackfriarsbrücke in London zwei Straßenbahnwagen zusammen und gingen dabei vollständig in Trümmer. 14 Personen wurden zum Teil durch Glasplitter verletzt.

Raubmord in einem tunesischen Eisenbahnzug. Aus Tunis wird gemeldet: Die Eisenbahnbeamten fanden bei der Revision eines Zuges, der Reisende und Post aus dem Mutterlande gebracht hatte, in einem Abteil erster Klasse einen Ueberzieher und einen Stiefel, die mit Blut besudelt waren. Im Abteil befand sich eine Blutlache. Im Ueberzieher steckten Papiere auf den Namen des russischen und norwegischen Konsuls. Bei der Abführung der Bahnlinie wurde die Leiche des Konsuls zwischen Tindicha und Moteur, ungefähr 25 Kilometer von Biserta, aufgefunden. Sie hatte einen Revolverstich unter der linken Schläfe und Blutunterlaufungen an den Augen. Koffer und Handgepäck sind verschwunden. Der Tote ist wahrscheinlich das Opfer eines Raubmordes. Im Abteil soll ein junger Mann von 25 Jahren gewesen sein. Die Nachforschungen dauern fort.

Das Erdbeben auf Sizilien. Sonntag abend hat bei Randazzo am Fuße des Mt.na wiederum ein starker Erdstoß, von unterirdischem Donner begleitet, stattgefunden. Die Bevölkerung wurde von einer neuen Panik erfaßt. In Catania herrscht wiederum einigermaßen Ruhe, jedoch verließen die besser gestellten Einwohner die Stadt in Massen. Die Proleten blieben ihrem Schicksal überlassen. Die Hospitäler sind in Stand gesetzt worden und nehmen große Mengen der Verwundeten auf. Der Mt.na soll sich noch immer in voller Tätigkeit befinden. Der Nachrichtendienst aus dem Erdbengebiete funktioniert noch immer sehr mangelhaft, da die im Freien etablierten Telegraphenstationen nur für die Behörden arbeiten und selten ganz kurze Brevetsenden annehmen und bestellen. Die blühende Ortschaft Cosentino existiert nicht mehr. Ueberall liegen die Leichen von Frauen und Kindern umher, die man mit großer Gefahr und Anstrengung aus den Ruinen hervorgezogen hat. Bis jetzt sind in dem Erdbengebiete 120 Tote bekräftigt worden. Der angerichtete Schaden wird auf 2 Millionen Lire angegeben.

Literarisches.

Gegen den staatlichen Gebärzwang. Die Annahme eines reaktionären Gesetzes gegen den Gebärzwang ist in drohender Nähe gerückt. Die Tendenz dieses Gesetzes ist die eines Ausnahmegesetzes für die auf niederster Kulturstufe stehenden Armen und Unerfahrenen. Diese Gefahr nach allen Seiten kritisch zu beleuchten, ist der Zweck einer von der Volksbuchhandlung Hannover soeben verlegten Broschüre, deren Inhalt drei Referate (des Reichstagsabgeordneten Genossen August Brey, des Genossen Dr. Silberstein und des Genossen Luise Zieh) bilden. Es haben also der Politiker, der praktische Arzt und die Frau das Wort; alle drei präzisieren gleichzeitig die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu diesem Gesetzentwurf. Die Broschüre ist 24 Seiten stark und kostet 15 Pf.

Kurzer Leitfaden für Mütter, herausgegeben von der Schwed. Lydia Ruchland (Verlag Volksbuchhandlung Hannover). Die Verfasserin (eine Genossin!), Leiterin und Vortragende der von der Volksbörngesellschaft veranstalteten Mütterkurse verbunden mit Säuglings-Ausstellung, hat geradezu glänzende Anerkennung mit ihrer Broschüre gefunden. Gelegentlich der Säuglings-Ausstellung in Hannover wurden beinahe 2000 Stück von der Broschüre verkauft. Preis 30 Pf. Schnittmuster für Säuglingswäsche 10 Pf.

Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich - genossenschaftliche
Versicherungs - Aktien - Gesellschaft.

Bureau: Johannisstr. 48, pt.

Geöffnet: Wochentags
abends von 7 1/2 - 9 Uhr.

Nähere Auskunft über die Volksfürsorge wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassierern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellin
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform.

In den Bismarcksälen in Berlin fand am Sonntagabend die außerordentliche Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform statt. Es sind zahlreiche Delegierte und Delegierten aus allen Teilen des Reiches erschienen. Reichs- und Landtagsabgeordnete aller Parteien sind anwesend, und von der Sozialdemokratie nahm Genosse Robert Schmidt an den Verhandlungen teil. Die Verhandlungen wurden von dem früheren Minister v. Berlepsch geleitet. Professor Dr. Kessler-Zena hielt ein Referat über das Koalitionsrecht. Er kritisierte darin besonders, daß die Unternehmer im Kaufmannsgewerbe organisierte nicht einstellen wollen oder ihre Gehilfen entlassen, wenn sie erfahren, daß sie Organisationen angehören. Mit einigen scharfen polemischen Bemerkungen verurteilte der Redner das Verhalten des Direktor Gwinner von der Deutschen Bank, der dem Vertreter der Bankbeamten vorgeworfen, daß er ein besoldetes Amt in seinem Verbandsheide. Es sei eigentümlich, eine solche Äußerung aus dem Munde eines Direktors der Deutschen Bank zu hören. Es sei jedenfalls kein Makel, wenn jemand besoldetes Vorstandsmitglied einer Organisation sei, der er seine vollen Kräfte widmet. Bedeutend mehr unter der Beschränkung des Koalitionsrechts als die Handlungsgehilfen hätten die Techniker zu leiden. Die großen Werke seien bemüht, das Koalitionsrecht der Techniker vollständig illusorisch zu machen. Die Techniker und industriellen Beamten stehen auch den Lohnarbeitern bedeutend näher als die Handlungsgehilfen. Ganz hervorragende industrielle Werke haben die Klausel im Vertrag, daß die Techniker sofort entlassen werden, sobald bekannt werde, daß sie dem Bund der technisch-industriellen Beamten angehören. Es sei dringend notwendig, Änderungen zu schaffen, einmal auf dem Gebiete der Gesetzgebung, aber auch auf dem Gebiete der Erziehung des gesamten Volkes. Das patriarchalische Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter müsse in der heutigen Zeit endlich aufhören, es müsse der Grundsatz Platz greifen, daß das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter nur ein rein wirtschaftliches sei. Dadurch, daß der Unternehmer die Arbeitskraft eines Angestellten oder Arbeiters kauft, kaufe er noch nicht seine politische Gesinnung und seine persönliche Freiheit. Das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter müsse eben so gestaltet werden, wie das zwischen dem Wohnungsvermieter und dem Wohnungsmieter. Es sei im Mittelalter gelungen, dem Handwerk einen goldenen Boden zu schaffen; es müsse heute auch gelingen, dem Arbeiterstande einen goldenen Boden zu schaffen. — Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen.

Es folgte darauf eine längere Debatte. In der Debatte sprach zunächst Schmidt vom Bunde der technisch-industriellen Beamten, der sich im wesentlichen den Ausführungen des Professors Dr. Kessler anschloß. — Professor Dr. Hans Delbrück-Berlin stimmte ebenfalls im Grunde den Äußerungen des Professors Kessler bei. Er sehe jedoch in den starken Arbeiterkoalitionen eine Gefahr für das Wirtschaftsleben, da dadurch der Terrorismus sehr gefährlich werden könnte. Die gelben Gewerkschaften seien nicht für die Zukunft berechnet, immerhin sei ihre Existenz zu begründen, da dadurch das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer noch aufrechterhalten werde. Wenn diese Aufrechterhaltung auch nicht für alle Zeiten bestehen könne, so sei doch eine Zielgestaltigkeit der Arbeiterorganisationen notwendig, um den Terrorismus der Arbeiter nicht erstarken zu lassen und um unnötige Streiks, die das wirtschaftliche Leben gefährden, abzuwehren. Es sei falsch,

wenn Professor Kessler sage, das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter müsse derartig gestaltet werden wie zwischen dem Mieter und Vermieter. Auch zwischen diesen bestehe zum Teil noch das patriarchalische Verhältnis; es gebe noch Vermieter, die sich schämen, alte Mieter zu steigern. (Lebhafte Widerspruch und Heiterkeit.)

Dr. Hüfner, Direktor des deutschen Techniker-Verbandes, trat den Ausführungen des Professors Dr. Delbrück mit großer Entschiedenheit entgegen. Die Unternehmer möchten am liebsten das Koalitionsrecht vollständig aufheben, insbesondere geben sich die Unternehmer alle Mühe, das Koalitionsrecht der Techniker und Ingenieure illusorisch zu machen. Die Unternehmer gehen vielfach sogar so weit, zu verlangen, daß ihre Angestellten, Techniker und Ingenieure bei Ausbruch von Streiks sich wahllos auf Seite der Unternehmer stellen, ja sie verlangen sogar, daß sie Streikarbeit machen und somit künstlich Arbeitswillige schaffen. Wenn man erwäge, daß es immer schwerer wird, sich wirtschaftlich selbständig zu machen, daß die Zahl der wirtschaftlich Selbständigen immer mehr zurückgehe, daß Angestellte von 40 Jahren kaum noch eine Anstellung finden, dann sei die Koalition der Arbeiter und Angestellten eine dringende Notwendigkeit. Bedauerlich sei es, daß der Staat und die Gemeinden das Koalitionsrecht ihren Angestellten und Beamten, insbesondere auch den Staatsarbeitern, nicht gestatten, daß Arbeiter und Angestellte vom Staate entlassen werden, wenn sie sich einer Organisation anschließen. Der liberale Grundsatz vom freien Kampf der Kräfte und daß der Staat lediglich der Nachwächter der Einwohner sei, habe sich längst überlebt. Es könne wohl kaum einen vernünftigen Menschen geben, der der Ansicht sei, daß der Arbeiter der wirtschaftlich Stärkere sei. Die gelben Organisationen verdanken lediglich den Unternehmern ihre Entstehung. Wenn die Unternehmer ihre Unterstützung zurückziehen, dann fallen sie in sich zusammen. Bedauerlich sei es nur, daß die Gelben von ihren Mitgliedern verlangen, daß sie ihr Wahlrecht zugunsten der Unternehmer ausüben sollen. Er kenne eine Reihe von Fällen, in denen Tausende von Arbeitern gezwungen worden sind, der gelben Organisation beizutreten, daß sie aber bei Wahlen Mann für Mann für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben. Der deutsche Techniker-Verband, dessen Direktor er sei, verwerfe den Klassenkampf. Er halte aber mit allen Kräften die Ausgestaltung des Koalitionsrechts aufrecht, und bezeichne es als eine Pflicht der Gesetzgebung, für strenge Wahrung des Koalitionsrechtes einzutreten. (Lebhafte Beifall.)

Steiger Werner-Essen teilte mit, daß im Ruhrrevier eine ungeheure Bespitzelung der Arbeiterorganisationen bestünde. Ein Postinspektor sei dort von Unternehmern besoldet worden, um die Liste der Organisierten auszuspiionieren. Die Herren treiben einen argen Terrorismus, sie seien der Ansicht, daß der Arbeiter lediglich dem Unternehmer sich willenlos zu unterwerfen habe. — Werner-Düsseldorf vom Deutschen Werksmeisterverband bezeichnete ebenfalls den Arbeiter als rückständig, der sich nicht einer Organisation anschließen solle. — Bantanger-Max schloß sich dem Vortrager an und bezeichnete die gelbe Organisation als eine Sumpfpflanze der Arbeiterbewegung, die nur den Zweck habe, Unfrieden in die Reihen der Arbeiter zu tragen und die Besserstellung der Arbeiter zu vernichten. — Abg. Robert Schmidt-Berlin trat ebenfalls mit großer Entschiedenheit den Ausführungen des Dr. Delbrück entgegen. Es sei in keiner Weise bewiesen, daß durch die großen Koalitionen der Terrorismus gefördert werde; im Gegenteil, das müsse der Professor der Geschichte wissen: in England herrschte großer Terrorismus, solange dort die Arbeiter unter Ausnahmegeetzen standen. Die großen Ko-

alitionen seien nur geeignet, den Streik zu verhindern. Wenn die Arbeiter einen höheren Lohn und bessere sanitäre Einrichtungen fordern, so sei das eine Kulturforderung. Dagegen bestehe gerade bei den Unternehmern eine Organisation, die darauf abziele, wirtschaftlichen Frieden zu stören. Das seien die Syndikate. Daher der große Kampf zwischen den Industrien der fertigen Fabrikate und der Rohprodukte. Wenn die Kohlen um eine Mark teurer werden, so sei das ein fürchterlicher wirtschaftlicher Schaden für die Allgemeinheit und für die Industrie, wenn dagegen der Arbeiter nur einen Pfennig Lohn mehr erhalte, so komme das der ganzen Kultur zugute.

Sohlisch-Berlin vom Bund der technisch-industriellen Beamten wünschte ebenfalls scharf die Verleihung der Rechtsfähigkeit der Korporationen. Er sei jedoch der Ansicht, daß unter den heutigen Strömungen ein derartiges Gesetz einen reaktionären Charakter erhalten könnte; dies würde zum Schaden der Angestellten und Arbeiter ausfallen. — Steigerwald-Köln von den christlichen Gewerkschaften stellte sich vollständig auf den Standpunkt des Professors Dr. Kessler und bezeichnete die gelben Gewerkschaften, die lediglich Unfrieden in die Arbeiterbewegung bringen sollen, als nicht nur überflüssig, sondern schädlich.

Professor Dr. Kessler pflichtete im Schlusswort den Ausführungen Sohlischs bei. Er bezeichnete es als erfreulich, daß Dr. Delbrück das Wort genommen habe. Dies habe zu mancher Anregung Veranlassung gegeben. Durchschlagend für die Notwendigkeit und Gefährlichkeit großer Koalitionen für das wirtschaftliche Leben sei, wie Abg. Robert Schmidt richtig ausführte, der Buchdruckerbund, der, obwohl mindestens 90 % aller Buchdrucker dem Verbands angehören, nur ein Verband sei, der den wirtschaftlichen Frieden im Gewerbe seit vielen Jahren gewahrt habe. Die gelben Gewerkschaften werden sich vielleicht noch einige Zeit halten, da sie einmal von den Unternehmern gefördert und unterstützt werden, andererseits es immer noch Leute gebe, die der Ansicht seien, es sei ihnen möglich, eine wirtschaftliche Selbständigkeit zu erlangen, wie ganz besonders bei den Bäckern und Fleischern. Im übrigen habe die Erfahrung gelehrt, daß die großen Organisationen lediglich zur Förderung des wirtschaftlichen Friedens beitragen und die Streiks nach Möglichkeit verhindern. Es sei unmöglich, angesichts der ungeheuren wirtschaftlichen Entwicklung, daß die Arbeiter den Unternehmern ohne Koalition gegenüberstehen.

In der Nachmittagsitzung sprach Abg. Justizrat Bell-Essen in eingehender Weise über den Erfinderschutz. Er bezeichnete es als notwendig, daß dem Erfinder sein gebührender Lohn werde.

Ingenieur Sohlisch-Berlin vom Bund der technisch-industriellen Beamten, Ingenieur Dr. Lang vom Deutschen Technikerverband und Ingenieur Schmeißer vom Bund der technisch-industriellen Beamten bezeichneten es als durchaus erforderlich, daß dem Erfinder der gebührende Lohn werde.

Alsdann brachten die verschiedenen Berufsvertreter ihre Klagen vor. Richter vom nationalen Kartellverband der Gasthausangestellten, und der Sekretär des Reichsverbandes der Gasthausangestellten Wilhelm Cremer-Berlin erwähnten, daß die Gasthausangestellten eine ungemein lange Arbeitszeit haben, daß ihr Lohn keineswegs ein auskömmlicher sei und daß ganz besonders ein Schutz der Jugendlichen nötig sei. Auch sei es erforderlich, die Gasthausangestellten unter die Sozialversicherung zu stellen. — Steiger Werner-Essen entwarf ein trauriges Bild von der Lage der Arbeiter in den Bergwerksgebieten. Das Unglück auf der Zeche „Roßgrün“ wäre wahrscheinlich nicht entstanden, wenn der betreffende Steiger, der die Aufsicht hatte, nicht übermüdet gewesen wäre. — Streiter-Berlin entwarf

Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Teilung Polens von Graf E. M. Sallas.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruhe

(10. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Sie spielen wahrscheinlich auf meine Heirat an,“ antwortete Pauline etwas unmutig. „Jawohl,“ versetzte der Gast, indem er sich verbeugte. „Aber, bitte, nehmen Sie mir meine Worte nicht übel; denn ich bin gewohnt, immer so zu sprechen, wie ich denke. Ich wiederhole es noch einmal, Sie haben viel Willenskraft und großen Mut an den Tag gelegt; unter hundert Frauen würden neunundneunzig zurückgeschreckt sein. Ein jeder in der Welt will glücklich sein, aber niemand hat den Mut, um sein Glück zu kämpfen. Von Ihrem Gatten spricht man übrigens bereits sehr viel, man sagt, sein Engel erreiche im Flug das Wolken, und man prophezeit ihm einen ebenso raschen Flug auf dem Gebiete der Kunst. Gott gebe es Ihnen! Ich bin nur gekommen, um mit eigenen Augen mich zu überzeugen.“

Der Unbekannte sprach leise und langsam, nicht etwa, weil es ihm an Worten gebrach, sondern weil er jedes Wort betonen wollte.

„Und nun lassen Sie mich hoffen, gnädige Frau,“ fuhr er fort, „daß Sie mit ob meiner Aufmerksamkeit nicht ärgern.“

„D nicht im geringsten, mein Herr! Ich kann Sie bloß versichern, daß ich nichts Großes getan habe; denn ich, eine Fürstin Berezopolska, habe nicht einen einfachen Tischler geheiratet, wie man sich in Moskau erzählt, sondern... einen Künstler von Gottes Gnaden. Es war eine Handlung, welche ich gar nicht zu verheimlichen brauche, auf die ich im Gegenteil stolz bin. Man scheint es in meiner Gegenwart ängstlich zu vermeiden, über meine Ehe zu sprechen, und dieses geheimnisvolle Schweigen beleidigt mich; denn man redet in meinem Dabeisein von ungleichen Ehen ebenso wenig, wie man mit einem zum Galgen Verurteilten vom Stricke spricht.“

„Ja, ja, Sie haben recht; es ist das ein schönes, altes Sprichwort. Doch man redet nicht nur vom Strick, sondern nicht einmal von dem Hais, welcher dazu verwendet wird.“

Eben kam Milowanow mit dem Schlüssel vom großen Salon; denn das Zimmer war immer verschlossen, aus Furcht, die Diensthofen könnten irgend ein Unheil anrichten.

„Ich bitte,“ sagte Pauline zögernd, „erlauben Sie mir gefälligst eine Frage: mit wem habe ich die Ehre zu sprechen?“

Der Gast erhob sich, breitete die Arme aus und erwiderte: „Ich bitte Sie ergebenst, ja herzlich, mir zu gestatten, daß ich Ihnen meinen Namen noch verschweige. Ich weiß recht gut, daß ich Ihnen mich hätte vorstellen müssen; allein ich habe etwas anderes im Sinne... Eigentlich beabsichtigte ich, nur so von der Straße hereinzukommen, wie es in Deutsch-

land und in Frankreich Sitte ist, Ihren Engel mit anzusehen und dann wieder fortzugehen. Hätte ich geahnt, gnädige Frau, daß ich Sie hier treffen sollte, so würde ich meinen Besuch unterlassen haben. Es ist mir hier mißlungen, ad libitum einzutreten, aber ich hoffe, daß Sie mir gestatten, mein Intognito beizubehalten; andernfalls müßte ich mich entfernen, ohne Ihren Engel gesehen zu haben. Ich kann nur noch hinzufügen, daß ich nicht immer für Sie eine masque de fer bleiben werde.“

Pauline war erstaunt und veränderte sofort ihr Benehmen dem Gaste gegenüber. Sie hatte augenblicklich zwei Dinge erraten: einmal, daß sie einen hochgebildeten Mann von Welt vor sich habe, und sodann, daß sein Name, welchen er nicht nennen wollte, wohl schon sehr bekannt sein müsse. Trotzdem berührte sie die abschlägige Antwort unangenehm; denn sie ahnte, daß der Gast höher gestellt war, als seine Worte. Aber so mußte es kommen, dachte sie voll Bitterkeit, wir sind ja Leibeigene des Fürsten Berezopolski!

Alle drei gingen nun in den großen Salon. Der Fremde blieb einige Schritte vom Engel entfernt stehen, setzte sich, stand wieder auf, ging um die Statue herum, und wählte schließlich einen Standort, wo er den Engel ein tros quart sehen konnte. Sein Gesicht war ernst und nachdenklich. Pauline, die jede seiner Mienen mit den Augen verfolgte, forschte vergeblich nach einem Gesichtsausdruck, um sich darüber ein Urteil zu bilden. In aller Ruhe betrachtete der Fremde das schöne Kunstwerk; weder Lob noch Tadel, weder Bewunderung noch Verachtung vermochte man aus seinem Gesichte herauszulesen.

„Man sagt, der Schwung der Flügel wäre gelungen,“ bemerkte Pauline schüchtern.

Sie war so sehr ungeduldig, irgend ein Wort zu vernahmen, gleichviel ob schlecht oder gut, allein er antwortete nicht.

„Was halten Sie von der rechten Hand? fragte sie nach einer Weile.“

Doch zu ihrem größten Erstaunen erhielt sie abermals keine Antwort; der Unbekannte saß da, als habe er ihre Worte gar nicht gehört. So vergingen wenigstens fünf Minuten, während Totenstille im Salon herrschte. Voll tiefen Kummers saß Pauline auf ihrem Sessel und drehte ihren Trauring am Finger. Auch Milowanow war sehr bedrückt; er ließ seine Augen unruhig von dem Gaste nach dem Engel und von dem Engel wieder nach dem gesenkten Haupte seiner Frau schweifen und senkte mehrmals leise. Er wußte es selbst nicht, weshalb er so viel Gewicht auf das Urteil dieses Fremden legte, und warum er so ängstlich war, ängstlicher, als vormalig bei der Kritik der anderen Künstler. Sollte es nur darum sein, weil jener seinen Namen nicht nennen wollte? Nein, gewiß deshalb, weil sein Gesicht Achtung einflößte. Er wünschte, daß alle sein „Kind“ so aufmerksam betrachteten könnten, wie dieser, und dann könnten sie auch tadeln; denn ein Urteil aus dem Munde dieses Mannes war gewiß richtig, und eben deshalb hatte er Herzklappen.

Der Gast erhob sich, ging wiederum um die Statue herum und blieb endlich stehend stehen; es hatte beinahe den Anschein, als wäre er einen steilen Berg emporgeklimmt und

atmete jetzt frei auf. Wohlwollend blickte er Milowanow an, ergriff seine Hände, drückte dieselben herzlich und sprach mit leiser Stimme:

„Ich bin kein wahrer Kenner, wohl aber ein leidenschaftlicher Verehrer der Kunst, sowohl der Bildhauerei, wie der Malerei und der Musik. Viele Jahre war ich im Auslande und schaute gar mancherlei, und so sage ich Ihnen denn freimütig, ja, ich behaupte es sogar, Sie besitzen ein großes Talent. Allerdings hat Ihr Werk einige Fehler, allein es wäre schändlich und unehrlich, wollte man von diesen Fehlern sprechen. Gleich will ich es Ihnen sagen, weshalb es unehrlich wäre, damit Sie meine Worte ja nicht als leere Phrasen ansehen. Sehr oft bildet nämlich dasjenige, was man bei Anfängern als einen Tadel rühmt, nur einen Grundzug ihres Talents. Auch an Ihrem Engel findet sich etwas, was jedermann für einen Fehler halten wird, allein ich habe mir darüber bereits ein anderes Urteil gebildet. Wenn ich im Geiste Ihren Engel von diesem Fehler befreie, so raube ich demselben seine ganze Anmut, seinen ganzen Zauber. Also arbeiten Sie, junger Herr, damit wir... Russen... einmal stolz auf Sie sein können!“

Als der Fremde zu sprechen aufhörte, schaute er höchst verwundert drein; denn Milowanow stand mit dunkler Note im Antlitz da, während Paulinens Wangen fahle Totenblässe bedeckte. Nach wenigen Augenblicken trat er auf die Hausfrau zu und reichte ihr die Hand, indem er mit weicher Stimme sagte:

„Diese Ehre habe ich nicht verdient — Sie kennen mich nicht, und dennoch glauben Sie mir. Gott gebe, daß ich mich nicht irre, aber immerhin könnte ich mich ja irren! Bistlang habe ich immer recht gesehen, und heute sollte ich mit Blindheit geschlagen sein? Da ist er ja,“ rief er, indem er seine Hand nach dem Engel ausstreckte, „da ist er ja und spricht selbst für sich! Schätzen Sie sich glücklich, daß es Winter ist, und daß Sie Doppelfenster haben, sonst könnten Sie den Engel eines Tages nicht mehr vorfinden — er müßte fortgeflogen sein, dorthin, wohin er gehört... in den blauen Himmel! Ja, ja, mein junger Herr, das ist eben die Hauptsache an Ihrem Kunstwerk: Der Engel steht nicht ruhig auf einer Stelle, sondern er fliegt. Mein Gott, wie sonderbar es doch im Leben zugeht! Sie haben doch ganz gewiß noch keinen fliegenden Engel gesehen, und an einer Krähle oder an einer Taube können Sie Ihre Studien auch nicht gemacht haben.“ Und indem er sich zu Pauline hinüberneigte, flüsterte er so leise, als sollte es Milowanow nicht hören: „Meine Gnädige, Sie empfinden tiefer, als Ihr Gatte. Ja, ja, gnädige Frau,“ fuhr er fort, während die Hausfrau ihn tragend anschaute, „wer vor Freude erblickt, vor Glück verstaunt, der empfindet tiefer, als jener, der errötet und zu springen anfängt. Der Kummer schlägt, und das Glück streicht, und es ist bedeutend leichter, das Unglück zu ertragen, als das Glück. Nun bitte ich, mir gestatten zu wollen, noch einmal incognito hierher zu kommen und einen Freund mitzubringen. Aber jetzt muß ich mich empfehlen — ich habe keine Zeit mehr.“

(Fortsetzung folgt.)

ein Bild von dem Krankenpflegepersonal, das bei schlechter Entlohnung ungemein lange Arbeitszeit habe. Es sei erforderlich, auch die Krankenpfleger unter die Sozialversicherung zu stellen. Dr. Jahn, Berlin und Schönlitz Leipzig sprachen über die Lage der Bureauangestellten, die unter traurigen Verhältnissen leben. Die Entlohnung der Angestellten, ganz besonders bei den Rechtsanwältinnen und Notaren, sei ungemein gering und die Arbeitszeit lang. Zu tabeln sei ganz besonders die große Zahl der Lehrlinge, die wenn sie ihre Lehrzeit beenden, entlassen werden und somit den Arbeitsmarkt überfluteten und Lohnrückläufer hervorbrachten. — Der Präsident der Gesellschaft Deutscher Bühnenaangehöriger, Gustav Riedelt, führte aus, der Beruf der Schauspieler sei eigentlich kein Beruf, denn die große Mehrheit der Schauspieler sei nur in der Lage, sechs Monate lang zu arbeiten, also auch nur sechs Monate lang zu verdienen. Ein sehr großer Teil der Schauspieler, über 60%, habe ein Einkommen von kaum 1000 Mark jährlich. Wenn man erwäge, daß Männer wie Shakespeare, Goethe und Schiller sich für das Theater so ungemein interessiert haben, so müsse man doch annehmen, daß das Theater ein Kulturfaktor sei; der Staat tue aber nicht das Geringste für die Schauspieler. Der preussische Kultusminister weise 200 Millionen auf; nicht ein Pfennig sei dabei für die Schauspieler vorgesehen. Es sei dringend erforderlich, daß in unserem Kulturstaat der Staat etwas für die Schauspieler tue. Priester vom Allgemeinen Deutschen Musiker Verband entwarf ein ebenfalls trauriges Bild von den Musikern, die mit den Militär- und Beamtenmusikern seit vielen Jahren einen heftigen Konkurrenzkampf führen. Die Lage der Musiker sei jedenfalls keine bessere als die der Schauspieler. Ganz besonders arg sei das Lehrlingswesen in den Kleinstädten. Diejenige Anwesen müßte mit aller Kraft entgegengetreten werden.

Der Vorsitzende, Freiherr v. Berlepsch, dankte darauf den Rednern, daß sie der Gesellschaft viel Belehrung und Anregung gegeben haben. Der wichtigste Gegenstand der Tagesordnung sei zweifellos der erste über das Koalitionsrecht gewesen. Die Gesellschaft habe von jeher auf dem Standpunkt, daß das Koalitionsrecht der Arbeitern voll gewahrt werden müsse. Er wolle den einzelnen Arbeitern, die sich der gelben Gewerkschaft anschließen, keinen Vorwurf machen; jedenfalls aber könne die gelbe Gewerkschaft nicht als Arbeitervertretung angesehen werden. (Lebhafte Bravo!) Die Gesellschaft für Soziale Reform werde sich sehr bald mit dem Ersuchen um beherrschendes und hoffe, daß es ihr gelingen werde, ein gutes Ergebnis zu erzielen. Auch beim dritten Punkt der Tagesordnung habe die Gesellschaft für Soziale Reform viel Anregung erfahren. Es sei für ein trauriges Bild entrollt worden. Die Gesellschaft für Soziale Reform werde die vorgebrachten Klagen in Erwägung ziehen, jedenfalls sei den Rednern zu danken, daß sie der Gesellschaft eine gute Unterlage gegeben habe, um dem bekannten Ausspruch, es müsse in der Sozialreform eine Pause eintreten, einen gewaltigen Widerspruch der Öffentlichkeit entgegenzusetzen. In der Hoffnung, daß es sehr bald gelingen werde, in sozialer Beziehung Fortschritt zu machen, und ein friedliches wirtschaftliches Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitern herbeizuführen, schloß der Vorsitzende Freiherr v. Berlepsch die Generalversammlung.

Schwerindustrie und Regierung.

Die Herren der Schwerindustrie sind kaum je zufriedener mit unseren sogenannten „Ministern für Sozialpolitik“ gewesen als jetzt. Ein böses Symptom! Es zeigen die Betriebsunfälle, eine große Arbeitslosigkeit herrscht, die Löhne werden gedrückt, aber der Staatsminister Herr Dr. Delbrück erklärt im Reichstag, „sozialpolitische Probleme“ lägen „augenblicklich“ für die Gesetzgebung nicht vor. Damit rechtfertigt Herr Dr. Delbrück das in dem bekannten Worte aus dem Munde eines großen Industriellen liegende privatkapitalistische Vertrauen: „Einen besseren Minister wie Delbrück haben wir (d. h. die Industriellen) seit Bismarck nicht gehabt.“ Delbrück und sein preussischer Kollege Herr Sydow werden nun auch in einer hohen vom Verein deutscher Eisen- und Stahlindustriellen herausgegebenen Broschüre: „Der Reichstag und das preussische Abgeordnetenhaus über die Arbeiterverhältnisse in der Großindustrie“ gebührend wegen ihrer „verhängnisvollen Sozialpolitik“ gelobt. Von derselben Seite, die den keineswegs sozialistischen Herrn a. Berlepsch aus seinem Ministeramt kugelte, werden die augenblicklich für die offizielle Sozialpolitik reichenden Minister gerühmt. Das läßt tief blicken.

Inhaltlich gibt die genannte, von einem gewissen Dr. J. Reichert, Geschäftsführer des Unternehmerverbandes, „bearbeitete“ Broschüre dem Sozialpolitiker wenig Veranlassung, sich mit ihr zu beschäftigen. Die den abgedruckten Parlamentarischen angelegten Forderungen sind meistens so albern und verrückt, wenn man kein abhüllendes Dummhellen des „Bearbeiters“ annehmen will, eine so bedeutende Untertreibung des Sachverhalts, daß man den Unternehmerverein zu seinem „achtundzwei“ Geschäftsführer aufrichtig gratulieren kann. Er macht sich die „Zurückweisung der unbedeutendsten Angriffe auf die Industrie“ fürchtbar leicht. Entweder erklärt er sie als falsch oder übertrieben, oder er wirft den Rednern die Sachkenntnis ab. Das will auch komisch, weil Dr. Reichert zu den „Angehörigen“ ausgerechnet gerade die Abgeordneten zählt, die aus ihrer Praxis als Industriearbeiter den Dingen nahe stehen, während er den Abgeordneten Dr. Scharer, Politologe von Bern, Dr. Ermer, ein Jurist und Dr. Seumer, Gymnasiallehrer a. D. das Zeugnis ausgereicherter Sachkenntnis erteilt. Wer ist die Industriellen gegen die Arbeiterforderungen eintritt, der mag sich, wie es Dr. Reichert dem Abg. Wiesberts anreißt, „bemühen“, „Aberreibungen“ zu vermeiden. Ueber viele Genossen Stiegel und Haack gibt der Geschäftsführer der Eisen- und Stahlindustriellen lehrbührend die volle Schale seines Zornes. Dr. Reichert macht sich das iserielle Vergnügen, Herrn Wiesberts mehrere Widersprüche zwischen seiner Reichstags- und seiner Landtagsrede über die Großindustrie nachzuweisen. Widersprüche, die allerdings die sozialpolitische Intelligenz des „Kritisch-nationalen“ Arbeiterführers betrauten. Konkreter ist jedoch nie die harte Seite Wiesberts gewesen. Diesem ist jedoch nie die harte Seite Reicherts nicht. Dieses ist die an die Reichstagsrede des Genossen Stiegel vom 14. Januar d. J. richtig ge-

knüpften Richtigstellungen und Abstreitungen der Inhaber oder Betriebsleiter der von unserem Genossen kritisierten Großbetriebe. Es sind die üblichen Berichtigungen, wie man sie der Arbeiterpresse in jüngster Zeit, wenn sie die Betriebsverhältnisse bespricht, mit einer solchen Regelmäßigkeit und Gleichförmigkeit zu stellt, daß das System dieser Praxis allzu durchsichtig geworden ist. Zumindest gehen sich widerprechende Behauptungen gegenüber. Der Eifer, mit dem die Betriebsverwaltungen sich bemühen, die Anklagen gegen ihre Betriebspraxis zu entkräften, beweist, wie sehr sie den Eindruck der Rede Spiegels fürchten. Wir sehen auch hieraus, daß die Unternehmer den Abwehrkampf gegen den sozialistischen Fortschritt wohlorganisiert haben. Das wird die Arbeiterorganisation anspornen müssen, die Sammlung von zuverlässigen, für die parlamentarische Arbeit verwertbaren Materials noch systematischer zu gestalten.

Die „Richtigstellungen“ und wie schon gesagt, meist albernere Handlungen des Unternehmersekretärs gipfeln in den bekannten Behauptungen: 1. Die Arbeitszeitverlängerung in der Großindustrie ist nicht möglich aus technischen Gründen und weil die Industrie konkurrenzunfähig würde; ganz besonders sei die Nachtstundenarbeit undurchführbar. 2. Die Arbeitsverhältnisse seien nicht entfernt so verbesserungsbedürftig als es die „Aberreibungen“ der „Sozialdemokraten, Christlichen und Polen“ dem „Ankündigen“ erschweimen ließen. Beide Behauptungen sind durch das Beweismaterial, das der Metallarbeiterverband durch umfangreiche Untersuchungen beigebracht hat, bündig widerlegt. Freilich wer sich nicht überzeugen lassen will oder darf, für den existieren diese Nachweise einfach nicht.

Die technische Möglichkeit der Arbeitszeitverlängerung, auch die Einführung des Achtstundentages ist bereits in zahlreichen Fällen im In- und Auslande praktisch erwiesen. Es gibt auch in Deutschland schon Großbetriebe oder Abteilungen solcher, wo achtstündig gearbeitet wird und zwar durchaus wirtschaftlich. Die Verhinderung der Unternehmer, eine Folge der Einführung der Achtstundentages ist die nozgedrungene Einstellung von 50- 80.000 neuen Arbeitern, ist zunächst eine bloße Behauptung, die je nach Belieben ausgedehnt wird. Sätze aber denn unsere Volkswirtschaft davon Schaden, wenn 50- 80.000 Arbeiter neue Beschäftigung in einem Industriezweig finden, wo wir doch normalerweise unter einer großen Arbeitslosigkeit leiden? Bei anderen Gelegenheiten erklärten übrigens Wortführer der Unternehmer, die von den Gewerkschaften geforderte Arbeitszeitverkürzung würde die erhoffte Verminderung des Arbeitslohnes nicht bringen, weil die stärkere Verwendung maschineller Hilfsmittel wieder menschliche Arbeitskräfte überflüssig mache. Das ist in der Tat der Fall, nicht am wenigsten in der Großindustrie. Infolgedessen kann auch die Rechnung von den 50- 80.000 neu einzustellenden Arbeitern als Ergebnis der Arbeitszeitverkürzung nicht stimmen, so sehr wir dies im Interesse der Arbeitslosen bedauern. Was nun gar das Schreckensbild der „Konkurrenzunfähigkeit“ anlangt, so arbeitet die deutsche Großindustrie unter allgemein günstigeren Bedingungen als die ausländische Konkurrenz, was sogar von den Unternehmern gelegentlich zugegeben ist. Denn aber auch herrschen in den Anlagen der kapitalträchtigen Kleinen unternehmer Arbeitszeiten, die ein bis zwei Stunden länger sind als in vielen Betrieben der Fertigungsindustrie und diese steht in dem schärferen Konkurrenzkampf mit dem Auslande. (Schluß folgt.)

Der Terrorismus des Mittelstandes.

Eine beliebige Klage der Mittelständler geht dahin, die Kleingewerbetreibenden könnten sich des „Terrorismus“ der organisierten Arbeiterschaft kaum wehren. In Wirklichkeit hindert sie diese Schwäche und Ohnmacht nicht im mindesten, selber den blühendsten Terrorismus gegen die Arbeiterschaft zu treiben. Davon erlebt man zuweilen Proben. In Chemnitz hatte jüngst ein Bäckermeister Kennerich den verantwortlichen Redakteur der „Volkstimme“ vor Gericht zitieren wegen des Vorwurfs, er müsse seine Macht als Hausbesitzer aus, um seine Mieter zu zwingen, daß sie gegen ihren Willen das Brot bei ihm kaufen. In der Verhandlung, die vor dem Schöffengericht stattfand, konnte für diese Behauptung der volle Wahrheitsbeweis erbracht werden. Der Herr Bäckermeister hatte, wie die Zeugenaussagen ergaben, einen förmlichen Uebervachungsdiener eingesetzt, der so weit ging, daß er z. B. die Tochter einer Mieterin auf der Treppe anhielt und ihr das Umkleidekleid klistete, um zu sehen, ob sie „fremdes“ (!!) Brot ins Haus brachte. Da sich dieser fürchterliche Verdacht bekämpfte, so wurde der betreffende Mieterin sofort die Wohnung gekündigt. In einem anderen Falle hat K. einem Arbeiter, der wegen seiner großen Familie nur schwer Wohnung bekam, gleich bei der ersten Minszahlung erklärt, er müsse wieder ausziehen, falls er sein Brot nicht von ihm, dem Hauswirt, beziehe. Diese Familie hat dann aus Angst vor einer Kündigung tatsächlich das Brot von K. bezogen, obwohl dieses im Gewichte knapp und von weit geringerer Qualität war als das Konsumbrot, das sie viel lieber gekauft hätte. Typisch für die Auffassung dieser Mittelständler von Willens- und Berragsfreiheit war die Aussage einer von K. als Zeugin geladenen früheren Bäckerfrau. Diese meinte, ihr sei gewesen, „als ob der Blich in sie fahre“, weil eine Mieterin „fremdes“ Brot ins Haus brachte. — In seinem Schlusswort wies der angeklagte Redakteur, Gen. Kutter, darauf hin, daß in analogen Fällen freireisende bezw. organisierte Arbeiter wegen Nötigung und Erpressung bestraft worden seien. Das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis für voll erbracht, kam aber gleichwohl zu einer Verurteilung zu 20 Mk. Geldstrafe, weil es den „höhnischen Ton“ der Kritz beanstandete. Gegen das Urteil in Berufung eingelegt. Der Terrorismus gewisser Mittelhandstrolche ist durch dieses Urteil wieder einmal gerichtlich festgestellt.

Aus der Partei.

Die Feuerwehr im Dienste der Reaktion. Vor kurzem wurde in der Gemeinde Neue Schleuse (Kreis Jerichow) ein Mitglied aus der Freiwilligen

Feuerwehr ausgeschlossen, weil er bei der Gemeindevorwahl einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgegeben hatte. Der Ausschluß folgte auf Grund eines Beschlusses der Statuten, der vor Jahresfrist in allen Wehren des in Frage kommenden Kreisfeuerwehverbandes, jedenfalls auf höhere Befehl, beschloffen worden war und der folgenden Wortlaut hat: „Personen, die sich als Anhänger oder Förderer der Sozialdemokratie betätigen, können nicht Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr werden oder bleiben.“

Der Beschluß fand seine Begründung in dem Hinweis, daß die Wehr in Ernstfällen Polizeigewalt hat, und behördlicherseits diese Befugnis nicht an Anhänger einer staatsfeindlichen Partei erteilt werden kann. Für die Mitgliedschaft einer solchen Vereinigung sollte sich jeder denkende Arbeiter bestens bedenken.

Der „mutmaßliche“ Verfasser. Seit der Tätigkeit der jetzigen polizeilichen Bezirkelementen erfreut sich die „Vergeltung der Arbeiterstimme“ in Solingen der besonderen Beachtung der Königl. Staatsanwaltschaft in Elberfeld. Keine Woche ohne eine neue Anklage. Augenblicklich schwebt nicht weniger als vier Klagen, wovon drei gegen je zwei Redakteure unseres Solinger Parteiblattes angehängt wurden: gegen den Verantwortlichen und den „mutmaßlichen“ Verfasser. Am Freitag wurde eine Sache bereits abgeurteilt. Die „Arbeiterstimme“ hatte vor einiger Zeit das in nicht öffentlicher Sitzung gefällte und noch nicht rechtskräftig gewordene Urteil des Solinger Schöffengerichts, das der Verwaltungsbekörde eine Abfuhr in ihrer Behandlung der „Arbeiterjugend“ erteilte, im Wortlaut veröffentlicht. Darauf erhob die Staatsanwaltschaft zunächst Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur Gen. Mittel, ließ bei ihm eine Hausdurchsuchung und Leibesvisitation vornehmen, die ohne Erfolg blieb und erhob dann auf Grund der Meldung des hanzsüchtigen Schynmanns auch Anklage gegen den Genossen Christmann als den „mutmaßlichen“ Verfasser. Die Anklagen des Schynmanns vor der Elberfelder Strafkammer waren aber so bedenklich, daß der Staatsanwalt selbst die Freisprechung des „mutmaßlichen“ Verfassers beantragte. Aber Strafe muß sein, und darum wurde der Verantwortliche zu 25 Mk. Geldstrafe verurteilt, trotzdem das abgedruckte Urteil einige Tage nach der Veröffentlichung rechtskräftig geworden war.

„Das Recht ist ans“. So überschrieb die „Vergeltung der Arbeiterstimme“ einen Artikel, nachdem die bürgerlichen Parteien in der Fabrikkommission alle Anträge, die dem Militarismus die Nägel beschneiden sollten, abgelehnt hatten. In dem Artikel wurde angeführt, daß der bürgerliche Parlamentarismus unfähig sei und auch nicht den Willen habe, die Armee zu demokratisieren und es wurde an die eigene Kraft des Proletariats appelliert. Wegen den Verantwortlichen wurde ein Strafverfahren wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten eingeleitet, das jedoch von der Elberfelder Staatsanwaltschaft jetzt eingestellt worden ist.

Soziales.

Wichtige Vernichtung des Selbstverwaltungsrechtes in den Krankenkassen. In der nach den Bestimmungen der R. V. O. am 1. Januar dieses Jahres gebildeten Allg. Ortskrankenkasse in Nordhaußen waren sechs Beamte angestellt worden, die, nach ihrer bisherigen Tätigkeit innerhalb der Krankenkassen zu schließen, die ihnen übertragenen Ämter wohl auszufüllen in der Lage sind. Deshalb wurden diese Beischlüsse auch einstimmig von den Unternehmern und Arbeitern im Kassenvorstand und Ausschuss gefaßt. Die Aufsichtsbekörde denkt aber hierüber anders. Sie ordnete jetzt die Kündigung sämtlicher Angestellten an, angeblich weil diese nicht die notwendige Gewähr sachlicher Erledigung der Geschäfte boten. Im Reichstage ist von sozialdemokratischer Seite leider vergeblich auf die Gefahr hingewiesen, welche die R. V. O. für die Selbstverwaltung der Krankenkassen bringt. Daß die Aufsichtsbekörde aber so rigoros vorgehen konnte, hat wohl niemand angenommen.

Tiefer geht's nicht mehr. Der Konkurrenzkampf unter den Volksversicherungsgesellschaften wird jetzt von den öffentlich-rechtlichen Anstalten dadurch auf das niedrigste Niveau herabgezerrt, daß sie zum Kampf gegen die Volksfürsorge den ausgearbeiteten Apparat des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie für sich arbeiten lassen. Im „Reichsder Anzeiger“ publiziert diese zweifelhafteste Gesellschaft ein Inserat, worin sie sich „verantwortlich“ wiederholt darauf hinweisen, daß die Versicherungsgesellschaft „Volksfürsorge“ von sozialdemokratischer Seite gegründet ist und von Sozialdemokraten geleitet wird. Es wird daher jedermann, der nicht sozialdemokratisch gesinnt ist, dringend gewarnt, sich bei der Volksfürsorge zu versichern.“ Weiter wird zum Abschluß von Versicherungen die „Essential-rechtliche Lebensversicherung“ empfohlen. — In Hamburg, Jährow und anderen Orten läßt der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie ein Flugblatt verbreiten mit dem verlogenen Titel: Sozialdemokratische „Volksfürsorge“. Wie der Titel, sind auch die Mittel, mit denen in dem Flugblatt operiert wird — verlogen. In dem Flugblatt wendet sich dann der Reichsverband ganz besonders an die Arbeitgeber mit der Zumutung, diese sollen zur Propaganda gegen die Volksfürsorge für die „Essential-rechtlichen“ Plakate aushängen, Schriften verbreiten, Versammlungen abhalten und Prämienzuschüsse zahlen. Das wird zwar nichts nützen, aber trotzdem sind diese trampfahnen Bemühungen, der Volksfürsorge zu schaden, ernste Mahnungen an alle Freunde der Volksfürsorge, ihrerseits alles zu tun, um das ganze Volk mit den Reformbestrebungen der Volksfürsorge bekannt zu machen und so deren stetigen Fortschritt zu unterstützen!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

KNORR

Knorr-Hafermehl,
das altbewährte Nahrungsmittel für Kinder.

Knorr-Haferflocken,
beste kräftigende Nahrung für Magen schwache und Blutarme.